

fast überall Platz machen müssen; den Droschkenträger treibt der Chauffeur von der Bildfläche; Maurer und Zimmerleute, einst die Herren auf dem Bau, haben in dem Eisenkonstruktoren einen unübersteiglichen Wettbewerber erhalten; die Bettlendenstreicher sind in einigen Ländern, besonders in Amerika, schon zu vielen Tausenden von dem Metallarbeiter von der Hofbahn abgetrieben worden; der Tischler und Ofenbauer zieht sich vor dem Heizungsmonteur zurück; die kopfstarke Schar der Laternenanzünder ist von einem kleinen, sehr pünktlich arbeitenden eisernen Gefäß von der Nachtarbeit erlöst worden. Und das alles in kurzen Jahrzehnten.

Dieser Verdrängungsprozess zugunsten der Metallindustrie ist natürlich noch keineswegs abgeschlossen. So wie das gegenwärtige Geschlecht, so werden auch die nächsten den Siegeslauf der Maschine und die Umwandlung von Tausenden von Gegenständen aus Holz, Stoff und Ton in solche aus Metall sehen. In welchem Maße diese Umwandlung in den nächsten Menschenaltern stattfinden wird, kann natürlich heute nicht gesagt werden. Im Zeitalter der Erfindungen vermag niemand vorauszusagen, welche weiteren technischen Umwandlungen die Zukunft bringen wird; aber eins vermögen wir heute schon zu behaupten: durch Umgestaltung der landwirtschaftlichen Arbeit und des Hauswesens, durch Erfindung von Legierungen und Verfahren, durch Vervollkommnung der Luftschiffahrt und durch die Elektrifizierung der Eisenbahnen wird die Metallindustrie weiter vergrößert, wird die Zahl der Metallarbeiter weiter gesteigert werden. Sie wird noch weiter erhöht werden durch das Einbringen der Maschine in mehr Fabrikationszweige; zuerst durch die Herstellung der Maschinen und dann durch ihre Ueberwachung und Reparatur. Allerdings ist der eiserne Gefäß in Europa schon weit und breit in der Bekleidungsindustrie, der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelbereitung zc. zu finden. Aber daß er darin noch weiter vordringen kann, lehrt Amerika. Wenn in der alten Welt die Maschine in diesen Zweigen erst einmal so allgemein ist als heute in Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, werden schon weitere Zehntausende von Nichtmetallarbeitern durch Metallarbeiter verdrängt werden sein.

Es ist klar: die sich mehrende Verwendungsmöglichkeit der Metalle im Verein mit der Sicherheit noch weiter um sich greifenden, wie soll ich sagen, der Vermauschelung der Warenerzeugung, bringt mit sich die Vergrößerung der Metallindustrie und damit selbstverständlich auch die Ausdehnung des Rekrutierungsgebietes unserer Organisation. Der Prozentsatz der Metallarbeiter an der Gesamtindustriearbeiterzahl wird noch weiterhin wachsen und sehr wahrscheinlich auch der Anteil der Metallarbeiter an der Gewerkschaftsbewegung. Diese Wahrscheinlichkeiten, nein Gewissheiten, geben den Optimisten recht, die unserer Organisation auch weiterhin erhebliche Fortschritte voraussetzen.

Nach alledem sind die Aussichten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes recht günstig, vielleicht günstiger als für irgend eine andere Berufsvereinigung. Nun kann man einwenden, daß das doch eben nur Aussichten seien, die für die Gewerkschaft nicht viel Wert haben, solange sie nicht in der Mitgliederliste zur Tatsache geworden sind, und zwischen der Zuwachsmöglichkeit und ihrer Verwirklichung liege zuweilen ein langer Weg, zumal wenn die Ursache, die diese Möglichkeit schafft, auch zugleich Schwierigkeiten für ihre Verwirklichung gebäre. Das ist nun so unrichtig nicht. Diese Schwierigkeiten — sie bestehen in der Gleichgültigkeit der frisch in die Metallindustrie eintretenden Arbeiterschichten für die Gewerkschaft — verdienen wohl Beachtung. Allein man darf sie auch nicht überhöhen. Gewiß können sie den Grad der Mitgliedersteigerung vermindern, was aber der Durchbildung der neu gewonnenen Anhängerin wegen kein allzu großes Unglück wäre. Jedoch ist es noch nicht ausgemacht, daß diese Schwierigkeiten eine Verlangsamung des Wachstums — gemeint ist natürlich hier eine dauernde, nicht eine zeitweilige, durch Krisen und dergleichen hervorgerufene — verursacht. Sie sind ja jetzt schon vorhanden, besonders dort, wo die Verankerung der Metallindustrie am mächtigsten einsetzt, in der Schwereisenindustrie. Hier sind nun allerdings unsere Erfolge gering gewesen, was leicht zu erklären ist.

Die Ausdehnung der Produktion steigerte die Nachfrage nach Arbeitskräften, die dort am größten war, wo die Rohstoffe verarbeitet werden. Nachdem die Schwereisenindustrie das, was an brauchbaren Menschen in der Nachbarschaft zu haben war, in ihre Stielen gezogen hatte, mußte sie noch mehr aus weiterer Ferne, vom fernen Lande und aus dem Ausland herbeiziehen. Das ist übrigens in der ausländischen Eisenindustrie genau so der Fall wie in der deutschen. Woher hätten die nötigen Arbeitskräfte in der Zeit der industriellen Expansion denn genommen werden sollen? Die nordfranzösischen und die belgische Eisenindustrie holten (und holen) sich Arbeiter aus den beiden Flandern, die schlesische aus Galizien und Kroaten, die amerikanische aus Transleithanien und Südalien zc. Für die Arbeit an den Hochofen und in den Walzwerken wird weniger Geld, dafür aber viel Muskelkraft, Willigkeit und Bedürfnislosigkeit verlangt. Diese Eigenschaften waren vornehmlich bei den

Feder recht gute Berichte fertigbrachte, war nach unseren Erfahrungen nicht wiederzuerkennen, nachdem er angefangen hatte, mit der Maschine zu schreiben. Vieleicht liegt die Ursache darin, daß es mit der Feder sehr leicht ist, ein falsch gewähltes Wort oder einen falsch begonnenen Satz auszuföhren. Mit der Schreibmaschine ist es jedoch umständlicher und mancher sucht dies dadurch zu vermeiden, daß er die fehlerhafte Satzkonstruktion weiterführt, so gut oder so schlecht wie es eben gehen will. Daß das nicht zur Verbesserung der Schreibweise dient, versteht sich von selber. Der Redakteur hat nachher das Vergnügen, die falsche Satzkonstruktion richtig auf die Beine zu stellen, wozu er sie oft vollständig umbauen muß.

In das Buchlein gehört auch noch ein Abschnitt mit der Ueberschrift: „Schreibt gewissenhaft ab!“ Eine solche Mahnung sollte überflüssig sein. Leider ist sie es aber nicht. Da wird ein gegnerliches Flugblatt oder eine gegnerische Zeitung zitiert und eine größere oder kleinere Stelle abgeschrieben. Wie oft sieht dann der Redakteur beim Korrigieren auf etwas, was im Original unmöglich so gelautes haben kann. Hat er dann das Original zur Hand, so daß er den richtigen Wortlaut sofort feststellen kann, so ist kein Fehler oft leicht abzuheben, hat er es aber nicht, so ist die Sache unangenehm. Noch schlimmer ist es aber, wenn der Fehler nicht ohne weiteres erkennbar war und sich später gar als eine bedeutende Abweichung vom richtigen Wortlaut entpuppt. Gar nicht selten sind auch noch solche Fälle, wo der Abschreiber sich so sehr verliehen hat, daß seine Abschrift einen ganz andern Sinn hat als das Original und daß dann seine Schlussfolgerungen mehr oder weniger hinfällig werden. Auch das richtige Abschreiben ist nicht so einfach, wie es mancher sich vorstellt, und es muß allen Mitarbeitern bringen aus Herz gelebt werden, daß sie ihre Abschriften stets gewissenhaft mit dem Original vergleichen.

Auch die Mahnung, daß jeder Mitarbeiter — ohne auch nur eine einzige Ausnahme — seine Arbeit vor der Abendung sehr genau durchsehen soll, muß mit großem Nachdruck ausgesprochen werden. Sie sollte zwar überflüssig sein, ist es aber leider nicht, denn mancher ist so entzückt von seiner „druckfestigen“ Schreibweise, daß er es für überflüssig hält, seine Schreiberei auch nur ein einziges Mal durchzulesen. Wir haben leider unsere Erfahrungen.

Aus dem Abschnitt „Kleine Winke“ wollen wir an dieser Stelle besonders die Bemerkung unterstreichen, daß man stets absteigern muß: An die Redaktion und niemals an einen der Redakteure persönlich. Das sollten sich auch solche von unseren Verbandeskollegen merken. Diese glauben besonders leicht zu handeln, wenn sie ihre für die Metallarbeiter-Zeitung bestimmten Sendungen an einen der Redakteure persönlich richten.

armen Teufeln von Proletariern in zurückgebliebenen Landstrichen vorhanden, und dank ihnen fanden sie in der Eisenindustrie ein Unterkommen und konnten sie darin aushalten.

So sehr diese zugewanderten Proletarier auch getreten und geschunden worden, sie glauben sich immer noch besser zu stehen als dort, von wannen sie kommen. Sie geben sich zufrieden mit dem, was ihnen geboten wird; zum Fordern von Verbesserungen haben sie wenig Neigung oder Mut, für die Gewerkschaft sind sie nicht oder nur sehr schwer zu gewinnen. Wo sich einmal der Geist der Ungunsterliebigkeit zeigt, wird er durch Kitzelung der nationalen oder konfessionellen Aber unwirksam gemacht. Wo das nicht möglich ist, wird die Zufriedenheit durch klingende Reden oder durch Wohlthatigkeitsqual zu erlöchen versucht. Das fremde Volk ist in „Ausländerhäuser“, Kolonien und Schlafhäuser zusammengebracht. Zwischen ihm und dem Gewerkschaftsagitator stehen die Sprachverschiedenheit und der „Schlafhausmeister“ als Hindernisse. In den so umhagten Boden ist das gewerkschaftliche Samenloos nur schwer zu werfen und sein Aufgehen hängt von tausend Zufälligkeiten ab. Das ist beileibe nicht bloß in Deutschland so. In der französischen und amerikanischen Schwereisenindustrie sind die organisierten Arbeiter noch feltener als in der deutschen. Nur in England ist es, dank der Zusammenwirkung mehrerer günstiger Umstände etwas besser, wenn auch nicht jenseit starkes Schatz von Hütten- und Walzwerkarbeitern sind etwa 45 000 organisiert.

Durch die Bedürfnislosigkeit der zugewanderten Proletarier und ihre Interesselosigkeit an der Gewerkschaft wird eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erschwert, nein unmöglich gemacht. Was sich von den eingewanderten Arbeitern nicht in eine höhere, besser bezahlte Stellung retten kann, wird zaghaft, steht kleinmütig beiseite, sucht in eine andere Sparte der Metallindustrie überzugehen oder abzuwandern. Den Zurückbleibenden bleibt es überlassen, sich mit der Aufklärung und Organisation der Gleichgültigen abzumühen, wenn hierfür guter Wille überhaupt vorhanden ist. Die Erfolgsaussichten sind gering. Sie werden erst mit dem Heranwachsen des zweiten Geschlechts der Zugewanderten steigen. Unter diesen Umständen hat der Gewerkschaftsmann genug zu tun, die Triebe zu pflegen, die der feintige Boden der Schwereisenindustrie aufgehen läßt. Der Nachwuchs der fremden Proletarier verspricht der gewerkschaftlichen Propaganda mehr Lohn. Er wächst in einer ganz andern Umgebung auf, lernt die Landessprache, kommt mit der vorwärts strebenden Arbeiterin in Verkehr, tritt mit mehr Bedürfnissen und Selbstbewußtsein in den Beruf. Er erst wird der Organisation die Hausen stellen, auf die sie bis jetzt vergeblich wartet.

Die weitere Ausdehnung der Metallindustrie wird auch eine Verstärkung der Metallarbeiterschaft durch Bruchfremde und Landproletarier zur Folge haben. Somit würden mit der Vergrößerung der Zuwachsmöglichkeit unserer Organisation auch die Schwierigkeiten vermehrt, diese Möglichkeit zu verwirklichen. Allein das scheint nur so. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie, absolut genommen, in Zukunft größer sein werden als bisher, und im Verhältnis zu unserer Zunahme werden sie sich verringern. Mit der Zeit wächst auch unsere Erfahrung, Werbetaft und Zahl, womit die Hindernisse leichter zu überwinden sein werden. Die Verwirklichung der Zuwachsmöglichkeit wird, normale Verhältnisse vorausgesetzt, je länger je leichter sein.

Für die weitere Zuwachsmöglichkeit unserer Organisation sorgen Wissenschaft, Technik und Neigung. Sie zu verwirklichen wird ihr, dank ihrer wachsenden Kraft, weniger schwer werden. Für den Deutschen Metallarbeiter-Verband bringt die Zukunft noch ebenso viele Gaben, wie die Vergangenheit brachte. Er wird auch fürderhin prächtig wachsen und gedeihen. Kein Grund zur Schwarzsehererei, wohl aber viele Gründe zu weiterer eifriger Propaganda.

S. i. k. u. m. e. r.

Glücklich und feig!

Diese zwei Worte kennzeichnen am treffendsten das Gedaren, das der Hirsch-Dundersche Regulator wegen eines Artikels in Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung an den Tag legt. Dort hatten wir uns unter dem Titel: „Die hoffnungsvollen Gewerksvereine“ mit einigen Vorträgen beschäftigt, die der Redakteur des Regulator, Gleichauf (Berlin), in mehreren Städten Württembergs gehalten hatte. Die einfache Tatsache, daß wir von den Vorträgen Notiz nahmen und den darin verzapften Unsinn kritisch durchleuchteten, erscheint dem Regulator als etwas so ungewöhnlich schreckendes und großes, daß er, gleich einem Subalternen, der zum Hofball eingeladen worden ist, in schäumender Glückseligkeit schwelgt. Dazu kommt eine kindliche Feigheit! Der Regulator ist so feig, daß er sich nicht getraut, den wesentlichen Inhalt unseres Artikels seinen Mitgliedern zu unterbreiten. Wir werden das gleich sehen.

Sie erreichen damit nie eine schnellere Erledigung ihrer Angelegenheit, statt dessen aber leicht eine Verzögerung, also so ziemlich das Gegenteil von dem, was sie erzielen wollten.

Zum Schluß weist der Verfasser noch auf einige Sprachfehler hin, die sehr oft gemacht werden. Leider werden aber noch sehr viel mehr Verstöße gegen die deutsche Sprache begangen als solche, auf die Riepelschl hinweist. Bücher wie die Deutsche Stilkunst von Eduard Engel, das Riepelschl bei dieser Gelegenheit empfiehlt, sind ja recht nützlich, aber wer von der großen Masse der Funktionäre in der Arbeiterbewegung ist imstande, es durchzuarbeiten? Was wir brauchen, ist eine besondere Sprachlehre für die organisierte Arbeiterschaft, soweit sie mit schriftlichen Arbeiten zu tun hat. In dieser müßte hauptsächlich auf die Sprachfehler hingewiesen werden, die besonders in den Veröffentlichungen in der Arbeiterbewegung vorkommen. Das Kaufmannsbuch u. s. w. geht uns in diesem Falle nichts an. Ferner wäre an Beispielen und Gegenbeispielen zu zeigen, wie ein guter, einfacher und klarer Stil erzielt wird. Um den Sprachmängeln in der Arbeiterbewegung an die Wurzel zu gehen, wären auch die Druckfachen nachzusehen, die für die Funktionäre besonders wichtig sind, zum Beispiel die Statuten, die Organisationshandbücher der verschiedenen Organisationen u. s. w. Was nützt es, wenn unsere Zeitungen, unsere Zeitschriften und unsere Bücher in leidlichem Deutsch geschrieben sind? Die Arbeiter lesen sie mit mehr oder weniger Aufmerksamkeit; ihren Stil prägen sie sich aber allemertens nicht ein. Dies geschieht aber unwillkürlich viel mehr bei den Büchern und sonstigen Druckfachen, die beim täglichen Gebrauch in der Arbeiterbewegung sehr oft zur Hand genommen werden müssen. Unsere Statuten, unsere Handbücher, die Tarifverträge u. s. w. sollten darum sämtlich in durchaus fehlerfreiem Deutsch geschrieben sein. Und wie sieht es da in Wirklichkeit aus!

Freilich wird es schwer halten, bei allen Funktionären die lange angewöhnten Fehler zu beseitigen. Bei unserm Nachdruck sollte indessen dafür gesorgt werden, daß so etwas nicht erst eintritt. Es wäre darum eine sehr dankbare Aufgabe für den Bildungs-ausschuß der sozialdemokratischen Partei, wenn er dafür sorgen wollte, daß eine Anleitung zur Vermeidung der Fehler in der Arbeiterbewegung herausgegeben werde. Eine solche ist wichtiger, als mancher auf den ersten Blick annehmen wird, und Material ist — leider! — ebenfalls genug vorhanden.

Gleichauf hatte nach einem Bericht des volksparteilichen Hohenhausen in Göttingen, den er selbst als richtig anerkennt, und nach einem etwas eingeschränkten Bericht des Regulator die Hirsch-Dundersche Gewerksvereine als heilige Erklärung der Arbeiterklasse gepriesen. Er hatte wirklich nach dem Hohenhausen gesagt:

„Die deutsche Arbeiterschaft hätte viel mehr an Ansehen gewonnen, wenn sie sich nur auf das Programm der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine gestützt hätte, die frei von jeder Parteipolitik und Religion seien.“

Hier hatten wir mit unserer Kritik eingeseht und ausgeführt, es liege etwas völlig Unwürdiges in Gleichauf's Rede. Der Gewerksvereinsgedanke sei nicht politisch und religiös neutral, sondern „liberal“, er wurzele in der Kleinbürgerlichen Weltanschauung. Und zum Beweis für unsere Behauptung hatten wir als Kernpunkt des Artikels folgendes ausgeführt:

„Als im Jahre 1906 anlässlich des Zusammenstoßes zwischen den damaligen Reichskanzler Fürsten v. Bülow und der Zentrumspartei der Reichstag aufgelöst worden war, brachte Gleichauf im Regulator, Nr. 52 vom 28. Dezember 1906, einen Leitartikel über die Reichstagsauflösung, in dem die „politische Neutralität“ der Gewerksvereine groll beleuchtet wurde. Darin hieß es: „Der Gewerksvereiner ist frei, er kann wählen, wie er will, ... dafür sind die Gewerksvereine eine neutrale Organisation. Und trotzdem sind auch dieser Freiheit natürliche Schranken gesetzt. ... Gewerksvereiner werden keine Konservativen wählen. ... Das Zentrum, ... wer das Beste wählt, tut es aus religiösen Rücksichten, ... sozialdemokratisch zu wählen können wir nicht empfehlen. ... Es wäre für einen gebundenen sozialen Fortschritt am Besten, wenn die verschiedenen liberalen Parteien gestärkt aus diesem Wahlkampfe hervorgingen.“

Und Herr Gleichauf, der Vorsitzende der Gewerksvereine, sagte auf dem 16. Verbandstag der Gewerksvereine zu Berlin 1907: „Für die große Sache des Fortschritts dürfte es die Hauptfrage sein, die demokratisch-liberale Weltanschauung zum Gemeingut aller Gewerksvereiner zu machen. ... In den Parlamenten werden unsere Anschauungen im weitestesten durch die linksstehenden bürgerlichen Parteien vertreten. ... Es wird daher dringend notwendig sein, daß unsere Verbandsgenossen sich politisch betätigen durch den Eintritt in eine derjenigen bürgerlichen Parteien, die gewillt sind, die Arbeiterfrage im Sinne der Gewerksvereine fördern zu helfen.“

So steht die „politische Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine aus! Zudem haben die Gewerksvereine, um den Schein der „politischen Neutralität“ zu wahren, den Reichsvereiner liberaler Arbeiter und Angehöriger ins Leben gerufen, durch den sie politischen Einfluss auf (sic: für) die liberalen Parteien ausüben suchen. Der letzte Vorstand des Reichsvereins vor wenigen Wochen in Halle a. S. war „Junge dafür.“

Was macht nun der Regulator? Er gibt zunächst seiner Glückseligkeit darüber Ausdruck, daß die Metallarbeiter-Zeitung, die in letzter Zeit den Versuch gemacht habe, den Gewerksvereiner der Maschinenbauer möglichst zu ignorieren, jetzt von ihrer Haltung abgegangen sei. Wenn die Metallarbeiter-Zeitung das getan habe, trotz der Tatsache, daß die sozialdemokratischen Zeitungen ihr die fortwährende Verunglimpfung der Gewerksvereine abnehmen, dann könne das nur den Grund haben, der Erfolg der hoffnungsvollen Gewerksvereinsorganisation beginne ihr unbehagen zu werden. Nachdem so der Regulator in Glückseligkeit geschwelgt hat, fängt er an, unseren Artikel zu zitieren. Er zitiert wirklich unsere umfangreiche Einleitung und macht dann die Bemerkung dazu: „Das stimmt vollkommen!“ und zitiert weiter. Zuerst seine ganzen Darlegungen aus dem Göttinger Hohenhausen, die für unseren Artikel die Grundlage bildeten. Dann zitiert er wirklich wiederum in breitem Raum das von uns dazu Gesagte, nämlich, daß die deutsche Arbeiterschaft überhaupt kein Faktor geworden wäre und nie Ansehen gewonnen hätte, wenn sie auf dem Boden des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinsprogramms stehen geblieben wäre. Daran knüpft er dann die „kleinmütige“ Bemerkung:

„Aus dieser Stelle leuchtet die ganze Schwäche der Metallarbeiter-Zeitung gegenüber der — Leser, erschrecke nicht! — Wucht der Tatsachen im Bericht des Hohenhausen hervor.“

So zitiert er und zitiert! Nützlich aber stochert er wie ein fieberhafter Esel. Er scheint vor etwas. Er mag nicht mehr verlieren. Und zwar hat den Regulator die Zitierung nicht auf der Stelle verlassen, wo der Kernpunkt unseres Artikels steht. Bedenklich äugt er nach rechts und links, schaut von oben und unten das Kapitel an, aber er kann nicht weiter, kann nicht mehr zitierten. Schen trotzt er um das Kapitel herum. Seinen Lesern erzählt er darüber nur folgenden einzigen Satz:

„Es kommt dann ein großer Teil des Artikels, der nachweisen will, die Gewerksvereine seien auch nicht religiös und politisch neutral, der Gewerksvereinsgedanke sei liberal.“

Das ist alles, vollkommen alles, was der Regulator über den „großen Teil“ unseres Artikels seinen Gewerksvereinsmitgliedern zu sagen mag! Ein tatsächlicher Versuch, das Wort „liberal“ so zu deuten, als stünde es für die Gewerksvereine außerhalb des „Parteilagens“, soll die Feigheit ein wenig verbergen.

Nach dieser Leistung des Regulators wäre es kostbare Zeitvergeudung, seinen weiteren Koff einer Betrachtung zu würdigen. Wir konstatieren nur wieder: Die Gewerksvereine treiben Politik, sind des Liberalismus treue Knaopen und richten ihre stumpfe Spitze aus Politik gegen die Sozialdemokratie. Das war Sinn und Beweissführung unseres Artikels.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 9. November der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. November 1913 fällig ist.

Den Bewerbern um die in Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung ausgeschriebenen Posten im Hauptbureau zur Kenntnis, daß die Kollegen:

- Karl Ebert, Geschäftsführer in Witten,
- Gustav Friede, Schlosser in Jenerbach,
- Otto Fahrmann, Former in Stettin,
- Karl Koch, Schlosser in Hannover-Verden,
- Friz König, Ziselur in Kornwestheim,
- Willy Pischke, Geschäftsführer in Leipzig,
- Rob. Riedle, Schlosser in Stuttgart.

gewählt sind. Dadurch sind die übrigen Bewerbungen erledigt.

Die Bestellungen auf die im Jahre 1913 zu Ende gehenden Mitgliedsbücher sind so zeitig vorzunehmen, daß die Einlieferung der betreffenden Nummern in die Mitgliedsbücher keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der auszuführenden zweiten und dritten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vornamens, des Berufs, des Geburtsortes und Tages sowie des Tages des Eintrittes des Buchinhabers.

Die Bestellungen können nur erledigt werden, wenn für jedes zweite oder dritte Buch ein Beitrittschein, genau und deutlich ausgefüllt, eingeklebt wird. Die bestellten Bücher werden alsdann mit der Hauptnummer versehen den Verwaltungsstellen zum Zwecke der Ausstellung zugestellt.

Bestellungen auf eine Anzahl Bücher mit dem Bemerken, daß die Hauptnummern am Orte eingestempelt und uns später die Beitrittscheine beigefügt werden, können nur erledigt werden.

Die Eintragung der Unterstützungsbeiträge, auf die besondere Sorgfalt zu verwenden ist, hat in der Weise zu geschehen, daß die Beiträge bis zum 14. August 1912 summa summarum, die einzelnen Unterstützungsarten jedoch getrennt aufzuführen sind. Vom 15. August 1912 an sind die Beiträge einzeln unter genauer Angabe der Bezugszeit und des Auszahlungstermines einzutragen. Geschieht das nicht, dann läßt sich nicht zurückrechnen, ob und wann das Mitglied beim Bezug weiterer Unterstützung ausgeteuert ist.

Die Zahl der geklebten beitragsfreien Marken (bei Arbeitslosigkeit, Krankheit) und sonstiger Beitragsbefreiung (bei militärischer Dienstleistung, Aufenthalt im Ausland) ist genau zu notieren und an der hierfür vorgesehenen Stelle auf Seite 2 der neuen Mitgliedsbücher zu vermerken. Sind beitragsfreie Marken innerhalb der letzten 72 Wochen, also vom 14. August 1912 an geklebt, so ist auch die Zeit anzugeben, in der sie geklebt wurden, zum Beispiel von der ... bis zur ... Woche 19 ...

Die abgelieferten ausgedruckten Mitgliedsbücher dürfen, um Mißbrauch zu verhüten, an die betreffenden Mitglieder nicht wieder ausgehändigt werden. Sie sind vielmehr bis nach erfolgter Ausfertigung aller in der Verwaltungsstelle benötigten zweiten und dritten Bücher aufzubewahren, alsdann der Gesamtdirektion zur Kontrolle vorzulegen und unter Aufsicht der Verwaltungsmittelglieder zu vernichten. Zur Erleichterung der Kontrolle hat der mit der Ausstellung der zweiten und dritten Bücher von der Ortsverwaltung Beauftragte eine genaue Liste über die ausgestellten Bücher zu führen und die Personalien der Inhaber in dieselbe einzutragen. Die Liste ist zum Zwecke eventueller Nachprüfung am Orte aufzubewahren.

Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu ersetzen sind, empfiehlt es sich, wenn sich die Ortsverwaltungen alle mit Jahresabschluss 1913 ablaufenden Mitgliedsbücher aus ihrer Mitgliederliste jetzt schon ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung zur Einsichtnahme vorzulegen.

Die Mitglieder werden ersucht, den Ortsverwaltungen und Geschäftsführern diese Arbeit der Feststellung möglichst zu erleichtern. Wir bemerken dazu, daß die Ausfertigung von Ersatz-Mitgliedsbüchern entsprechend den Bestimmungen des § 21 Absatz 1a des Statuts nur innerhalb sechs Wochen des ersten Quartals 1914 spätestens erfolgen kann. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Anträge auf Ausfertigung von zweiten und dritten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eberwalde:
Der Schlosser Otto Peterson, geb. am 8. April 1866 zu Briesen, Buch-Nr. 2,174,142, wegen Markenmanipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Köln:
Der Heizungsmonteur Val. Weber, geb. am 23. September 1866 zu Heringen, Buch-Nr. 2,042,658, wegen Streikbruch;
Der Schlosser Friedrich Deinerl, geb. am 6. Januar 1891 zu Rawitsch, Buch-Nr. 2,157,270, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Bezirksleitung des 4. Bezirks:
Der Kernmacher Ernst Buchardt, geb. am 15. Mai 1869 zu Schmorfau, Buch-Nr. 289,253, wegen Betrug und Unterschlagung.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
Die nachfolgenden genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bielefeld:
Der Dreher Wilhelm Strauß, geb. am 18. Juni 1886 zu Dübeld, Buch-Nr. 1,154,439, wegen Schwindeltaten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Chemnitz:
Der Schmied Paul Sprötte, geb. am 6. November 1894 zu Neuborf, Buch-Nr. 2,169,214, wegen Diebstahl und Schwindeltaten;
Der Hobler Ost. Rich. Forberg, geb. am 22. August 1876 zu Sichtenwalde, Buch-Nr. 1,766,090, wegen Schädigung von Verbandsinteressen;
Der Former Walter Hofmann, geb. am 3. März 1895 zu Chemnitz, Buch-Nr. 1,770,791, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eberwalde:
Der Bandagist Hermann Adlung, geb. am 18. August 1855 zu Ranten, Buch-Nr. 509,738, wegen Manipulationen mit dem Mitgliedsbuch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Eisenach:
Der Schlosser Karl Stein, geb. am 21. September 1883 zu Eisenach, Buch-Nr. 1,894,066, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Elmshorn:
Der Dreher Otto Griebel, geb. am 11. Oktober 1892 zu Halle a. S., Buch-Nr. 1,751,153, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Södingen:
Der ? Heinrich Waldheim, geb. am 8. April 1893 zu Hamme-rode, Buch-Nr. ?, wegen Nichtablieferung entliehener Bücher.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hamburg:
Der Kesselschmied Richard Gätzer, geb. am 15. März 1889 zu Grimnitzsch, Buch-Nr. 1,874,942, wegen Fälschungen im Mitgliedsbuch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Garzberg (Sibe):
Der Maschinenwächter Alois Gröbebauch, geb. am 6. März 1881 zu Reinerz, Buch-Nr. 1,284,794, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Heidenheim:
Der Schlosser Georg Schared, geb. am 13. April 1864 zu Radlbor, Buch-Nr. 201,160, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe:
Der Schlosser Friedrich Beder, geb. am 2. Februar 1881 zu Walleck, Buch-Nr. 2,190,757, wegen Nichtablieferung entliehener Bücher.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kottbus:
Der Schmied Max Reiser, geb. am 22. Dezember 1876 zu Gerdeswalde, Buch-Nr. 2,044,351, wegen unkollegialen Verhalten.

Alle für den Verbandsschatz bestimmten Gelder sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Postfach 15, zu überreichen. Gelder sind ebenfalls an den Kassier des Verbandes, Stuttgart, Postfach 15, zu überreichen, wenn es sich um die Postabrechnung handelt. Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist ferngehalten:

- von Dr. a. B. B. nach Differdingen (Sa. D. 2. Berg- wald- und Hütten-K.G.) L.;
- von Dr. a. B. B. nach Erfurt (Sa. Wit. G. m. b. H.) R.;
- von Dr. a. B. B. nach Haag in Holland, St.;
- von Dr. a. B. B. nach Gera (Sa. Wit. G. m. b. H.) R.;
- von Dr. a. B. B. nach Gera (Sa. Wit. G. m. b. H.) R.;
- von Dr. a. B. B. nach Gera (Sa. Wit. G. m. b. H.) R.;

- von Formern, Stiehereiarbeitern und Kernmachern nach Berlin-Lichtenberg (Firma Hugo Hartung, A.-G.) St.; nach Chemnitz-Schönewald (Firma Max Neubert) R.; nach Darmstadt (Gebr. Köber); nach Neuenburg bei Pforzheim (Bügel-eisenfabrik) St. u. L.; nach Pasewalk St.; nach Salzwedel (Firma Müller) R.; nach Sandau bei Böhmen-Weipa, St.; nach Stavanger in Norwegen (Firma Elektrofabrik) R.; nach Stolp in Pommern; nach Zwickau;
- von Goldarbeitern nach Hamburg (Firma Wild) D.;
- von Grabarbeitern und Ziselmeistern nach Frankenberg i. S. (Firma Aug. Dippmann & Co.);
- von Heizungsmonteur und Helfer nach Chemnitz, St.;
- von Installateuren nach Wiesbaden (Sa. Döfling) M.;
- von Klempnern, Installateuren und Rohrlegern nach Jfenburg bei Frankfurt a. M. (Firma Petri u. Siebert); nach Plauen (Firma Schuster) St.; nach Schwarzenberg i. S. (Firma Louis Krauß) St.; nach Sprendlingen b. Frankfurt a. M. (Firma Petri); nach Swinemünde (Firma Kruse Nachfolger A. Böhm) D.;
- von Kupferhämmerern nach Chemnitz, St.;
- von Mechanikern nach Frankfurt a. M. (Firma Schneider & Naujoks) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Amsterdam (Hertel & Co.) St.; nach Wetzlar (Maschinenbauanstalt, A.-G.) St.; nach Wergedorf (Sa. Jastram, Motorenfabrik) St.; nach Bochum (Firma Mummendorf & Stegmann); nach Borbed (Vorbeder Zink) M.; nach Darmstadt (Gebr. Köber); nach Eger (Premier-fabrik) St.; nach Frankenberg i. S. (Sa. A. Dippmann & Co.) St.; nach Neuenburg bei Pforzheim (Bügel-eisenfabrik) St.; nach Tschirnitz bei Pirna in Böhmen (Kugellagerwerke Fichtel & Sachs); nach Wald bei Solingen (Sa. Karl Prinz vorm. Hermes & Beyen); nach Wippenhaufen, St.;
- von Schleifern nach Erfurt (Sa. Wit. G. m. b. H.) R.; nach Neuenburg bei Pforzheim (Bügel-eisenfabrik) St.; nach Solingen (Firma Christians) D.;
- von Schlossern nach Frankfurt a. M. (Sa. Schneider & Naujoks) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Auslieferung; D.: Differenzen; R.: Maß- regelung; Wi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Arbeitsreduktion u. s. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich nicht zu melden und die Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abgestempelt zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Elektromonteur.

Strasburg i. Elsaß. Die hiesigen Elektromonteur und Helfer haben nach einem vierwöchigen Streik ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse wesentlich verbessern können. Nachdem schon vor zwei Jahren der Versuch gemacht worden war, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, dieser Versuch aber damals wegen der noch jungen Organisation dieser Branche scheiterte, ist in diesem Jahre der Versuch erneuert worden. Mitte September wurden den Firmen die Forderungen unterbreitet. Es kamen darauf die fast am bekannten Antworten nach der Schablone des Frankfurter Verbandes, daß die Vereinigung der Installationsfirmen es ablegne, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verhandeln. Es war aber vorher von einer Vereinigung der Unternehmer nichts bekannt, die Firmen bekämpften sich vielmehr vorher bis aufs Äußerste. Nun aber, wo die Arbeiterpartei Forderungen unterbreitete, fanden sie sich sehr schnell zusammen. Eine andere eigenartige Folge war, daß die Großfirmen, über deren Schlußfolgerung sonst die kleinen Firmen nicht genug jauchern konnten, jetzt diese kleinen unter ihre Fittiche nahmen. Der Form nach war allerdings der Inhaber einer kleinen Firma als Vorsitzender der neuen Vereinigung bestimmt worden. Derselben kleinen Firmen, die wenn sie auf Handwerkerlagen zu zusammenkommen, die Regierung um Schutz anflehen gegen die Monopolbestrebungen der Großfirmen, die jedesmal, wenn eine neue Verhandlungszentrale beschloß, um die in Frage kommenden Gemeinden Eingaben um Berücksichtigung bei Vergabung von Aufträgen machen, lassen sich bei Lohnbewegungen von den Großfirmen als Sturmbod gegen die Arbeiter gebrauchen. Es ist das eine Erfahrung, die gerade in dieser Branche bei fast allen Bewegungen gemacht wurde. Das bekannte Sprichwort von den größten Kälbern, die ihre Kniege- lichter selber wässern, trifft in diesen Fällen voll und ganz zu. Unter diesen Umständen war denn auch eine Verständigung ausgeschlossen, es erfolgte am 19. September der Streik. Nachdem die Arbeit eingestellt war, fanden zwischen den Firmen und einer Kommission der Arbeiter Verhandlungen statt, die aber zu keinem positiven Ergebnis führten. Die gemachten Zugeständnisse wurden von den Streikenden als ungenügend abgelehnt. Darauf versuchte Herr Direktor L. v. e. vom hiesigen Elektrizitätswerk eine Verständigung herbeizuführen; seine Bemühungen waren wohl auch gescheitert, wenn der Widerstand der Großfirmen nicht gewesen und wenn nicht von der Leitung des Frankfurter Verbandes dagegen gearbeitet worden wäre. Mit dem hiesigen Elektrizitätswerk besteht ein Tarifvertrag; Herr Direktor L. v. e. ist auf dem Boden des Vertragswesens und hat auch daraus bei der Aussprache mit den Firmen kein Hehl gemacht. Dies ist ihm natürlich sehr verdaulich worden und man hat sich sogar nicht geäußert, um nachträgliche Punkte zu unterziehen. Es fanden dann noch „inoffizielle“ Besprechungen statt. Dabei erklärten die Herren, sie hätten ja eigentlich nichts gegen einen Tarif, nachdem sie jetzt aber die Vereinigung gegründet hätten, diese aber Tarife nicht anerkennen können, solange wir doch die Forderungen stellen lassen, es käme schon noch der Zeitpunkt, wo wir uns auch auf dem Boden des Tarifwesens zusammenfinden würden. Die Vertagung der Arbeitszeit und die Lohnsenkung wollten sie ja zugestehen. Mindestlöhne müßten sie ablehnen, aber sie wollten an dessen Stelle Durchschnittslöhne setzen. Wenn wir dafür eintreten würden, könnten auch sie in ihrer Verantwortung für eine Verständigung wirken. Darauf wurde die Forderung eines Vertrages zurückgezogen. Die Unternehmer verlangten dann die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, dann sollte in einer Unternehmerversammlung beschloßen werden, welche Zugeständnisse die Firmen machen wollten. Dieser Vorschlag wurde von den Streikenden abgelehnt. Darauf versuchte das Bürgermeisterei eine Verständigung herbeizuführen. Die Firmen erklärten, sie wollten sich aus prinzipiellen Gründen auf keine Verhandlungen einlassen, hätten aber nichts dagegen, wenn der Bürgermeister oder ein Vertreter von ihm in ihre Verhandlungen kommen würde. Der Vorschlag des Bürgermeisters in Strasburg, Herr Friedrich, wurde dann im Auftrag des Bürgermeisters an einer Versammlung der Firmen teil und nach dessen Beendigung kam dann eine Verständigung zustande. Am 16. Oktober ging dann dem Bürgermeister folgendes Schreiben zu: Strasburg, den 16. Oktober 1913. An den Herrn Bürgermeister der Stadt Strasburg, Herrn Dr. Schwaner, hier. Unter höchster Vergnügen auf die Besprechung mit Herrn Bürgermeister, Herrn Vorsteher Friedrich, erlaube ich mir Ihnen ganz ergeben mitzu- teilen, daß die beteiligten Installationsfirmen Strasburgs und Um- gebung in der besten Willensverfassung einmütig beschloßen haben, beizutretende Arbeitsbedingungen einseitig einzuführen, jedoch die

Streikbewegung abgeschlossen ist. Maßregelungen sind nicht beabsichtigt. Der Vereinigung der Installationsfirmen gehören an: Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, F. Andauer, Bergmann-Elektrizitätswerke, Boich & Wintel, G. Eggers, Elfaßische Elektrizitätswerke, Fritsch & Kell, K. Heinrich, G. Kirch, Joppen & Pohl, H. Kretsch, G. Meyer, K. Meyer, G. Otterpohl, G. Rhein, Rheinische Siemens-Schudertwerke, Schmittner & Erbe, Stiehl, U. Ubrig, F. W. E. Wollmer, G. B. Groß. Mit vorzüglicher Hochachtung F. M.: der Obmann der vereinigten elektrotechnischen Installationsfirmen, H. Otterpohl. — Die Arbeitsbedingungen lauten: Arbeitszeit: 9 1/2 Stunden. Vom 15. April bis 15. September. Samstags 8 1/2 Stunden, bei Bezahlung von 9 1/2 Stunden. Keine Frühstücks- und Vesperpausen. Effektive Arbeitszeit pro Woche: 57 Stunden. Vom 15. April bis 15. September 56 Stunden. Lohnvereinbarung: Durchschnittslöhne und Lohnausgleich bei denjenigen Firmen, bei denen die Arbeitszeit bisher über 9 1/2 Stunden betragen hat, und in der Weise, daß für 9 1/2 Stunden die gleiche Lohnsumme bezahlt wird, wie bisher für 10 Stunden. Bei Monteuren, denen eine Lohnaufbesserung seit dem 1. September gewährt wurde, entfällt die Berücksichtigung zum Lohnausgleich. Monteur: 52 bis 62 M. Bei verschiedenen Leistungen nach entsprechender Vereinbarung. Hilfsmonteur: Nach vollendetem Lehrtage 40 bis 52 M. Helfer: 35 bis 50 M. Zuschlag für Überstunden: Für Überstunden bis 10 Uhr abends 25 Prozent Zuschlag. Bei Arbeiten in Fabriken und beschriebenen Betrieben gilt deren Arbeitszeit als normal ohne Zuschlag. Zuschlag für Nachtstunden: Von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 50 Prozent Zuschlag. Zuschlag für Sonn- und Feiertagsstunden: 50 Prozent Zuschlag. Auslösung: Für Monteur mit Übernachten 1 bis 7 Tage 3 M., darüber 2,50 M. Für Hilfsmonteur mit Übernachten 1 bis 7 Tage 2,50 M., darüber 2 M. Für Monteur ohne Übernachten 1,50 M. Für Hilfsmonteur ohne Übernachten 1 M. Reisevergütung: Reisegeld gelten als Tagesstunden, es wird Fahrpreis 3. Klasse vergütet. Außerhalb der Umwallung, in den Vororten Reudorf, Grüneberg, Königshefen, Kronenburg, Schiltigheim, Kuprechtshausen und Rheinhefen: Außer der Arbeitszeit zwei Lauffunden. In weiter gelegenen Vororten, Reudorf, Lingolsheim, Eßelsheim, Wilsheim, Hönheim, Kehl, Jülich, Grafenstaden: Außer der Arbeitszeit zwei Lauffunden und einmalige Ein- und Rückfahrt. Kündigung: Keine. Allgemeines: Prinzipiell wird festgelegt, daß durch diese Arbeitsbedingungen keine Verschlechterungen gegenüber dem Stande vor dem 1. September 1913 eintreten dürfen. — Mit diesem Ergebnis erklärten sich die Streikenden einverstanden, am 17. Oktober wurde der Streik für beendet erklärt. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3/4 Stunden die Woche, Regelung der Überstunden, Auslösung und die Festsetzung von Durchschnittslöhnen. Die Lohnhöhen wurden bei den Streikenden zwischen 4 bis 8 M. die Stunde. Neben den Firmen, die beim Abschluß unterzeichneten, erkannte die Firma Braun diese Arbeitsbedingungen an, ferner noch 13 Firmen, die schon vorher den Tarif unterschrieben hatten. Letztere hatten sich auch bei dieser Bewegung wieder einzelne Elemente gefunden, die Streikmäßig verhielten. Die meisten Arbeitswilligen hatte die A. E. G., die aus ihren anderen Filialen Leute nach Strasburg zu schaffen versuchte. Diese Firma hat nach Beendigung des Streiks an die Arbeitswilligen eine Prämie von 20 bis 40 M. wegen treuen Aushaltens und Zusammenhaltens mit der Firma auszahlen lassen. Die A. E. G. hat auch trotz der Versicherung, keine Maßregelungen vorzunehmen, einen Kollegen nicht wieder eingestellt, weil er angeblich die Arbeitswilligen belästigt habe. Der Kollege hat ja andere Arbeit erhalten, der Versuch, ihn dauernd drohlos zu machen, ist somit nicht gelungen. Aufgabe der Elektromonteur ist es, das Erreichte festzuhalten, jeder Verstoß von einer der Firmen muß sofort gemeldet werden. An die Elektromonteur allerorts aber richten wir die dringende Mahnung, die Organisation zu stärken; wenn dies geschieht, müssen die Firmen ihren Standpunkt aufgeben, „aus Prinzip“ keine Verträge abzuschließen. — Nun noch einige Worte zu der Arbeit- geber-Zeitung: Diese berichtete in ihrer Nr. 43: „Der Streik der Elektrizitätsarbeiter in Strasburg endete nach vierwöchiger Dauer mit einem ausgeprochenem Mißerfolg für die Ausschließenden. Die prinzipielle Forderung des Metallarbeiterverbandes nach Abschluß eines Tarifvertrages wurde nicht bewilligt.“ Die Berichterstattung der Arbeitgeber-Zeitung ist ja bekannt. In ihrer Nr. 21/1913 mußte sie eine Vertagung bringen, nach der ihr Bericht über den Ausgang der Forderungsbewegung in Mannheim-Ludwigshafen unrichtig war. Waren wir auf Vertagungen verfallen, dann müßte die Arbeitgeber-Zeitung Nummer für Nummer derartige Vertagungen bringen. Es trifft zwar zu, daß hier ein Vertrag nicht abgeschlossen wurde, aber ist denn der Unterschied zwischen einem Vertrag und dem, was die Strasburger Elektrizitätsfirmen anerkannt haben, ein so großer? Die Firmen haben sich beim Bürgermeisteramt verpflichtet, die obenstehenden Arbeitsbedingungen einzuhalten. Das Bürgermeisteramt ist bei der Entscheidung maßgebend und hat jetzt dafür zu sorgen, daß das vereinbarte gehalten wird. Ist der Unterschied zwischen Mindestlöhnen und Durchschnittslöhnen so groß? Auch bei den Durchschnittslöhnen ist doch die unterste Grenze als Mindestlohn anzusehen. Ist es ein Mißerfolg, wenn die Arbeitszeit um 3/4 Stunden die Woche verkürzt werden muß? Bei einer Auspruch- heit Herr Direktor Löhne erklärte der Leiter der A. E. G., daß ihre Arbeiter bis jetzt keine Prozente für Überstunden erhalten haben. Ist es nun ein ausgeprochenes Mißerfolg, wenn diese Prozente jetzt gezahlt werden müssen? Ist es weiter ein Mißerfolg, wenn die Löhne bis zu 8 M. die Stunde erhöht werden? Bei der A. E. G. waren Elektromonteur beschäftigt mit 35 M. Ist es ein Mißerfolg, wenn jetzt 52 M. als Mindestlohn gezahlt werden müssen? Wir können der Arbeitgeber-Zeitung verraten, daß unsere Kollegen mit solchen Mißerfolgen sehr zufrieden sind, fraglich ist es aber, ob die von der Arbeitgeber-Zeitung vertretenen Unternehmer daselbe Gefühl dafür haben. Wir hätten der Arbeitgeber-Zeitung ja auch diesmal wieder mit einer Vertagung aufwarten können, da wir aber wissen, daß die Unternehmer, soweit Metallindustrie in Frage kommen, die Metallarbeiter-Zeitung mindestens ebenso aufmerksam lesen wie die Arbeitgeber-Zeitung, so genügt die Feststellung der „objektiven Berichterstattung“ der Arbeitgeber-Zeitung schon an dieser Stelle.

Feilenhauer.

Bielefeld. Der Streik bei der Firma Albrecht & Artois in Braunschweig ist beendet. In voller Einmütigkeit haben die Streikenden nach zweiseitigem Kampf den Beschluß gefaßt, den Streik aufzuheben. Wenn auch die Zahl der Streikenden nur eine geringe war, so ist dieser Kampf deswegen nicht die Bedeutung erlangen konnte, wie andere das ganze Wirtschaftsleben erschütternde Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern, so ist aber doch darüber manches nach Beendigung der Bewegung zu besprechen. Vor allen Dingen belonen wir, daß es nicht Kampfesmüdigkeit war, was die Arbeiter veranlaßte, den Streik aufzuheben. Im Gegenteil, es hätte man sich leicht Anstoßes der Verbandsleitung bedürft, um sie zu veranlassen, weiter zu kämpfen. Daß die Arbeiter nicht müde geworden sind, geht allein schon daraus hervor, daß während der 22 Wochen nicht ein Mann zum Streikbrecher wurde. Wenn trotzdem die Bewegung, die mit soviel Opferfreudigkeit von den Arbeitern geführt wurde, mit einem Mißerfolg endete, so waren an diesem bedauerlichen Ausgang des Kampfes nicht die Leute schuld, die immer bei solchen Gelegenheiten einen unwillkürlichen Laich zur Arbeit zeigen, während sie sonst vielleicht einen weiten Hagen zu machen. Und in der Tat, nur die große Zahl der Arbeitswilligen war maßgebend für die Beendigung des Streiks. Wenn sich die „nützlichen Elemente“ auch nicht entfernt mit den früher im Betriebe beschäftigten Arbeitern messen können, wenn auch hier, wie stets in diesen Fällen, die Quantität die Qualität überwiegt, so glauben die Streikenden aber doch, Schluß machen zu sollen. Das eine glauben wir aber schon jetzt aussprechen zu dürfen: Viel Freude wird Herr Artois an seinen „Arbeitswilligen“ nicht haben! Es ist interessant zu sehen, was alles bei ihm untergeschlupft gefunden hat. Da ist zunächst unser alter Bekannter, Herr Bölle, ferner ein gewisser Diehl (Braunschweig), dessen Schwiegervater Meister auf der Glashütte M.

Dieser Mann soll gelernter Kaufmann sein, er wirkt jetzt als Feilenhauer ausgebildet. Ob er geeignet ist, vor dem Härtefesseln zu stehen und Staub und Hitze zu schlucken, wird die Firma vielleicht zu ihrem Schaden noch einsehen müssen. Inwieweit können auch nicht als vollwertiger Ersatz der früheren Arbeiter angesehen werden. Wir meinen damit Herrn Fritz Becker (Waldsee). Ferner liebten sich auch die Arbeiter Wäcker und Datzup nicht abfallen, bei Artois in Arbeit zu treten. Auch ein Arbeitswilliger Meiner aus Dortmund ist bei Artois beschäftigt, der zugegeben hat, von der Firma Zimmermann zu Artois geschickt worden zu sein. Ist das richtig, dann müssen wir schon sagen, daß uns das Verhalten der Firma Zimmermann alles andere als loyal erscheint. Sonst wurde von allen Firmen — auch von der Firma Zimmermann — gefordert, daß wir dazu beitragen sollen, die Schmutzkonkurrenz gewisser Firmen in der Feilenindustrie im hiesigen Industriebezirk zu beseitigen. Versuchen nun die Arbeiter, den einmal abgeschlossenen Tarifvertrag in allen Betrieben zu revidieren, zur Einführung zu bringen, streifen sie sogar deswegen nahezu ein halbes Jahr, dann kommt eine andere Firma, die mit den Arbeitern im Vertragsverhältnis steht und vermittelt Streikbrecher! Die Arbeiter werden das der Firma bei einer andern Gelegenheit in einer recht unehrlieblichen Weise ins Gedächtnis rufen. Unter solchen Umständen ist die Frage aufzuwerfen, ob die Klagen der Unternehmer über die Konkurrenz einer bestimmten Firma, die wir dabei im Auge haben, überhaupt berechtigt sind, oder ob sie nicht als Spiegelreflex angesehen werden müssen. Eigentlich müßten wir ja auch noch einiges über das Verhalten der Meister während des Streiks sagen. Wir wollen jedoch davon Abstand nehmen, da sie ja nur Werkzeuge der Firma waren. Wenn den Arbeitern bei diesem Kampfe kein Erfolg beschieden war, so sind wir uns aber doch klar darüber, daß auch Herr Artois seiner „Vorbeeren“ nicht froh werden wird. Denn für ihn wird der Schaden, der ihm durch den Streik entstanden ist, schwerer sein als die Zulage, die von den Arbeitern gefordert wurde. Wir sind auch überzeugt, daß Herr Artois sich des Einflusses der Organisation auf die Befestigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernd nicht entziehen kann. Die Auslassungen, daß er niemals wieder mit dem Metallarbeiter-Verbande einen Vertrag eingehen werde, sind zu unbedeutend, als daß wir uns darüber erregen sollten. Es haben sich auch andere Unternehmer wie Herr Artois vor dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande die Flagge gestrichen. Sie waren sogar sehr froh, daß sie endlich wieder zu geregelten Betriebsverhältnissen kamen. So mancher eifenschnäbelige Unternehmerrumpelkammerling hat die Wahrheit des alten hausbackenen Sprichwortes: „Liebe ernährt, Unruhe verzehrt“ erfahren müssen und diese Erfahrung wird auch Herr Artois machen. Wir werden abwarten, wie sich die Dinge weiterentwickeln. Der Betrieb verlohnt sich ja nicht von heute auf morgen vom Erdboden. Wir verweisen an dieser Stelle aber noch einmal ganz besonders darauf, daß kein Feilenhauer in Bielefeld in Arbeit treten darf, ehe er sich nicht auf dem Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter, Marktstraße 81, gemeldet hat. Wir werden gegen jeden Kollegen, der den tariflich anerkannten Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter umgeht, mit allen statutarischen Mitteln unseres Verbandes vorgehen.

Frankfurt a. M. Die Differenzen mit der Mitteldeutschen Feilen-Industrie (hier) sind erledigt. Es kam mit der Firma ein Tarifabschluß zustande mit folgenden Lohnsätzen: Der Mindestlohn beträgt für Schleifer 65 %, für Hand- und Maschinenbau 60 %, Hilfsarbeiter 45 % die Stunde. Alle Arbeiter, die den Minimallohn schon hatten, erhielten Lohnzulagen von 2 bis 5 % die Stunde. Bei Überarbeit wird der Stundenlohn garantiert.

Heizungsmonitore.

Saarbrücken. Vor mehr als zwei Jahren haben wir unter bescheidenen Anfängen eine Branche der Heizungsmonitore und Helfer geschaffen, die sich mit der Zeit gut entwickelt. Durch guten Besuch der Monatsversammlungen und durch rege Agitation unter den Berufsangehörigen brachten wir es so weit, daß wir heute fast alle in Betracht kommenden Kollegen organisiert haben. Einige Versuche, bei den Firmen der rheinisch-westfälischen Tarif zur Anerkennung zu bringen, scheiterten an verschiedenen Umständen. Nur die Firma Faust, Dingeldein & Co., G. m. b. H., hatte den alten Tarif unter schriftlich anerkannt, im übrigen wurde aber gewöhnlich der rheinisch-westfälische Tarif bei den Berechnungen zugrunde gelegt. Nachdem für Rheinland und Westfalen die Tarifbewegung zum Streik führte, beschloßen die hiesigen Kollegen, sich an der Bewegung nicht direkt zu beteiligen, sondern für das Saargebiet einen besonderen Tarif aufzustellen, der je nach den Verhältnissen den hiesigen Firmen eingereicht werden sollte. Das geschah auch in den ersten Tagen des August. Eine Einigung war aber davor nicht zu erzielen, erst nachdem die Kollegen einige Tage im Streik waren, wurde sie erreicht. Der vorgelegte Entwurf wurde mit kleinen Änderungen angenommen. Der Tarif wird in nächster Zeit ebenfalls fertiggestellt und wir hoffen, auch dabei nicht allzu viele Schwierigkeiten zu bekommen. Der Tarif ist abgeschlossen auf drei Jahre. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden und von 1914 an 9 Stunden. Der Minimallohn für Monteur beträgt 72 % (von 1914 an 75 %), für Helfer 50 % (von 1914 an 55 %). Die Sonderzulage ist für Monteur einschließlich Sonn- und Feiertage 3,30 M. (von 1. Juli 1914 an 3,50 M.). Helfer erhalten 2 M. Zulage. Bei der Verkürzung der Arbeitszeit am 1. Juli 1914 erhöhen sich die Stundenlöhne um 4 % für Monteur und 3 % für Helfer. Es liegt nun an den Kollegen, dafür zu sorgen, daß der Tarif Wirkung verschafft wird. Bei irgendwelchen Verstößen oder Unverständlichkeiten werden die Kollegen dringend ersucht, dieses auf dem Verhandlungsbüro zu melden. Die Monatsversammlungen aller in der Heizungsbranche beschäftigten Kollegen finden jeden ersten Sonntag im Monat morgens um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus in Saarbrücken statt. — Bei dieser Gelegenheit ist es auch notwendig, ein Wort an die zureisenden Kollegen und an die Kollegen zu richten, die hier arbeiten, aber anderen Verbandsstellen angehören. Es ist unbedingt Pflicht eines jeden zureisenden Kollegen, sich vorher über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen. Leider gibt es die meisten Differenzen deshalb, weil die betreffenden Kollegen über die Zustände hier nicht informiert waren. Es ist ratsam, daß sich auch die Kollegen, die hier nicht anwesend sind, bei uns anmelden, da wir doch eine Kontrolle über die Beschäftigten haben müssen. Wir machen oft die Wahrnehmung, daß es heißt: „Ich bin organisiert“, und es stellt sich dann doch heraus, daß der Kollege nicht bei uns ist oder sein Buch längst verloren ist. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, diese Dinge besser zu gestalten.

Hüttenarbeiter.

Sachsen (Ober-Sachsen). Wir haben uns schon öfter mit den Zuständen auf der hiesigen Hübervushütte beschäftigt, müssen doch scheint an der betreffenden Stelle die Kritik wirkungslos abzuwallen. Vor einigen Tagen beschaffte sich der Arbeiter Krol wie immer mit dem Klappen der kleinen Schlackenmulden in einem großen eisernen Wagen. Beim Anheben einer Mulde rief plötzlich die Mulde, die Mulde kippte und, die glühende Schlacke ergoß sich auf den feuchten Boden und explodierte mit donnerähnlichem Getöse. Kraft wurde zur Seite geschleudert, erlitt Bein- und Armbrüche, neben fürchterlicher Verbrennung des Körpers wurde ihm auch ein Auge ausgetrieben. In hoffnungslosem Zustande wurde er nach dem Spital in Königshütte gebracht. Dieses fürchterliche Unglück wäre nicht entstanden, wenn die Gehelecken von Zeit zu Zeit revidiert würden. Doch dazu ist keine Zeit, denn es gibt eben nur ein Fagen und Gehen, das gar nicht zu beschreiben ist. Auch hätte Krol nicht so schwer verunglücken können, wenn nicht der Platz für diese gefährliche Arbeit nur 2 1/2 und 1 1/2 Meter groß wäre; dazu ist der Platz noch mit Rollen unweiss, so daß im Falle eines Unglücks an ein Entkommen nicht zu denken ist. Der Herr Gewerbetreibende in Sachsen in diesen Betrieben viel zu tun, wenn er unternimmt eine Revision vornehmen würde. Die Arbeiter der Hübervushütte aber sollten endlich einsehen, daß der Hübervushütten-Gewerbetreibende ihnen gar nichts nützt und daß solche Zustände nur mit Hilfe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geändert werden können.

Klempner.

Bielefeld. (Zur Beendigung der Klempnerbewegung in Bielefeld.) Die vor kurzer Zeit abgeschlossene Lohnbewegung der Klempner und Installateure weist eine Reihe von Vorgängen und Einzelheiten auf, die sie eigentlich aus dem allgemeinen Rahmen unserer Lohnbewegungen heraushebt. Es wird gerade deshalb zweckmäßig sein, diese Bewegung zu besprechen. Die letzte Lohnbewegung der Klempner und Installateure fand im Jahre 1910 statt. Obgleich die Unternehmer, die ausnahmslos im Westdeutschen Verband selbständiger Klempner und Installateure organisiert sind, sich gegen die Einführung von Mindestlöhnen und die übrigen Forderungen sträubten, mußten sie sich nach heftigstem Streik doch bequemen, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Vertrag sollte Gültigkeit bis zum 31. März 1913 haben. Wenn der Termin seines Ablaufes auch nicht gerade günstig für die Arbeiter lag, weil er mit dem Ablauf des Tarifvertrages für das Baugewerbe zeitlich zusammenfiel, so war das doch kein Grund, den Abschluß daran scheitern zu lassen. Daß die Beendigung des Vertragsverhältnisses zu diesem Zeitpunkt einen Haken hatte, war ersichtlich genug und so konnten sich die hiesigen Kollegen auf die kommenden Dinge einstellen. Allgemeine Lohnbewegungen, besonders von der Wichtigkeit einer solchen im Baugewerbe, waren ihre Schatten voraus. So war mit Rücksicht auf die Beendigung der Verträge im Baugewerbe auch ein merkwürdiges Nachlassen der Bauaktivität und damit eine nicht unerhebliche Geschäftskrise im Klempnergewerbe zu konstatieren. Die Unternehmer glauben in dieser Zeit die Scharte von 1910 auszuweichen zu können; an demselben Abend, wo die Gesellen sich mit der Situation in ihrem Berufe beschäftigten und eine abwartende Stellung einzunehmen beschloßen, lag uns die Kündigung des Vertrags durch die Unternehmer zu. Das war am 14. Februar. Das Kündigungs-schreiben war in zweifacher Hinsicht interessant. Einmal insofern, als die Kündigung motiviert wurde mit dem Anschluß der Unternehmer an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Dieser scheint also in diesem Falle die treibende Kraft dafür gewesen zu sein, den Tarif zu kündigen. Zweitens erklärten sich die Unternehmer trotz der von ihnen ausgeprochenen Kündigung bereit, in Verhandlungen mit uns einzutreten. Es wurde ihnen dann von uns ein neuer Tarifentwurf ausgestellt. Sie aber wollten ihre Mittelung, daß sie zu Verhandlungen bereit seien, nicht in der Weise aufgefaßt wissen, wie das bei uns geschah. Nicht Verbesserungen, sondern wesentliche Verschlechterungen durchzuführen, das war ihre Absicht, die auch offen in ihrem Schreiben vom 19. April ausgesprochen wurde. Weder eine Verkürzung der Arbeitszeit, noch eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Aufbesserung der Stundenlöhne sollte eintreten. Es sollte vielmehr eine Herabsetzung des Einstellungslohnes für ausgearbeitete Kollegen von 40 % die Stunde auf 30 bis 35 % erfolgen. Dieser Lohn sollte aber nur dann gezahlt werden, wenn eine mindestens 3 1/2 jährige Lehrzeit und das Bestehen der Gesellenprüfung nachgewiesen wird. Wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre, müßte man in der Tat über derartige Gedanken und Absichten aus der rückständigsten Zeit des Handwerks lachen. Auch eine Reihe anderer Verschlechterungen, so eine Herabsetzung des Zuschlages bei Montage und der Vergütung für Untertagearbeiten bei weiteren Entfernungen der Arbeitsstelle, sah der Entwurf der Unternehmer vor. Sie begründeten ihre Stellung mit einem mehr als drohigen Einfall. In ihrem Schreiben vom 19. April erklärten sie, daß unser Tarifentwurf und die in ihm enthaltenen Veränderungen nicht die Erfahrungen berücksichtigt hätte, die in den drei Jahren der Vertragsdauer gemacht worden seien. Die Ortsgruppe für dem Baugewerbeverband beigetreten und habe auch nach der Richtung hin Rücksicht bei Abschluß eines Vertrages zu nehmen. Die folgende Lesart ist wohl richtiger: „Wenn die Unternehmer des Klempnergewerbes ihren Arbeitern höhere Zugeständnisse machen, wie die Baugewaltigen solche den Arbeitern gemacht haben, dann wird der Bauarbeiterverband uns Klempnermeister aufs Dach steigen und wir werden bei etwa zu vergebenden Arbeiten das Nachsehen haben.“ Eine Erhöhung der Stundenlöhne wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Geschäftslage flau sei und daß die Löhne bereits hoch genug wären. Wir wollen uns jeder Kritik dieser Absichten enthalten. Bemerkten möchten wir aber doch, daß sie durchaus nicht von besonders stark ausgeprägtem sozialpolitischem Verständnis zeugen. Die Kollegen nahmen in einer Versammlung zu diesem sonderbaren Tarifentwurf Stellung und lehnten ihn einstimmig ab. Die Verhandlungen nahmen dann am 13. Mai ihren Anfang. Von Verhandlungen kann eigentlich nicht gut geredet werden. Es war vielmehr ein Feilschen und Schachern, genau so wie auf dem Berliner Mißbillendamm alten Angedenkens. Auch die späteren Zusammenkünfte waren nicht anders geartet. Auf alle sachlichen Begründungen unserer Forderungen wurde mit den kleinlichsten Einwänden geantwortet. Es mußte in der Tat den Unterhändlern der Arbeiter schwer fallen, dabei sachlich zu bleiben, um die Verhandlungen zu einem gedeihlichen Abschluß zu führen. Endlich war nach vier Sitzungen fast in allen Punkten eine Einigung erzielt und nur noch die Festsetzung des Einstellungslohnes für die Junggefellenen der Gegenstand, an dem der Tarif zu scheitern drohte. Aber auch hier blieb den Unternehmern schließlich nichts anderes übrig, als den bisherigen Einstellungslohn von 40 % bestehen zu lassen. Der neue Vertrag ist nun in allen Betrieben zur Durchführung gelangt. Er besagt in seinen wesentlichen Bestimmungen folgendes: 5 1/2 stündige Arbeitszeit pro Woche. An den ersten fünf Tagen 9 1/2, am Sonnabend 8 1/2 Stunden. Die Einstellungslohne sind wie folgt festgelegt: Im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nach freier Vereinbarung, jedoch nicht unter 40 %, im zweiten Jahre ebenfalls 40 %, von da an bis zum 21. Lebensjahre 45 bis 50 %, ältere selbständig arbeitende Gesellen sollen nicht unter 55 % die Stunde erhalten. Mit den hiesigen Verhältnissen nicht genügend vertraute Gesellen erhalten nicht unter 52 % Einstellungslohn. Für mindestens 18 Jahre alte Hilfsarbeiter gilt der Satz von 35 bis 37 % als Einstellungslohn. Hilfsarbeiter, die mindestens zwei Jahre im Geschäft tätig sind, erhalten nicht unter 40 % Einstellungslohn. Auf die jetzt gezahlten Löhne erfolgt am 1. August 1913 eine Zulage von 2 %, am 1. April 1914 eine weitere Zulage von 2 % und am 1. April 1915 von 1 % die Stunde für alle Arbeiter. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1916. — Damit ist die Lohnbewegung der Klempner mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet. Schritt für Schritt haben die Unternehmer ihre durch die ungenügende Geschäftslage geschützten Positionen preisgeben müssen. Zähigkeit und Ausdauer bei den Verhandlungen haben uns diesen Erfolg gesichert. Wären unsere Kollegen nett und geworden und wären sie, durch die viermonatige Dauer der Lohnbewegung erbittert, in einen Streik eingetreten, so glauben wir kaum, daß dieser Erfolg erzielt worden wäre. Das eine ist sicher, bei dieser Bewegung haben Disziplin und umsichtiges Vorgehen über sozialpolitische Rücksichtlosigkeit und kleinlichen Unternehmerrgismus den Sieg davongetragen. Jetzt gilt es, den Erfolg auszunutzen! Kein Kollege darf in den hiesigen Werkstätten früher Arbeit annehmen, ehe er sich nicht auf dem Verhandlungsbüro gemeldet hat. Den hiesigen Kollegen aber empfehlen wir, sich noch mehr als bisher um die unorganisierten Kollegen und um die Veranlassungen des Verbandes zu kümmern. Bei Ablauf des jetzigen Tarifes muß die Organisation unter den Klempnern und Installateuren noch gefestigter bestehen als bisher, dann werden die Unternehmer nicht erst allerlei Winkelzüge machen, sondern sofort mit annehmbaren Zugeständnissen herauskommen.

Metallarbeiter.

Aischerleben. Wenn man den Reklamen der Aischer-Lebener Maschinenfabrik A. G. (vormals: Schmidt) glauben schenken dürfte, dann wäre ihr Betrieb wieder voll mit „Arbeitswilligen“ besetzt. Es arbeiten jedoch im meichingischen Werke nur 50 „Arbeitswillige“, in den übrigen Abteilungen 28. Von den 108 Arbeiterarbeiten sind 6 Kettenmacher und 3 Formner abtrünnig geworden. Die Zahl der Streikenden beträgt 235. Aus Rheinland, Westfalen, Sachsen, Berlin und Hannover kommen dorthin Streikbrecher. Viele sind allerdings enttäuscht über das Dorado wieder abgereist, sie konnten den versprochenen Verdienst

nicht erreichen. Das sollte allen denen zur Warnung dienen, die sich bereuen lassen, dort Arbeit anzunehmen. Vor Annahme von Arbeit wende sich jeder an das Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Hinterbreite 23. Zu Zug ist streng fern zu halten.

Aischerleben. Streik von „Arbeitswilligen“! Am Donnerstag (30. Oktober) ereignete sich in der Aischerlebener Maschinenbauanstalt etwas, was sich die hochwohlwollenden Leiter dieses Unternehmens nicht haben träumen lassen. Den „Arbeitswilligen“ wurden bis dahin gegen Abzug von 80 % täglich Brot und Logis von der Firma geboten. (Ueber das „Logis“ ist näheres in Nr. 43 aus Gemütsleben berichtet.) Zu der Befestigung gab es bei jeder Wahlzeit eine Flasche Bier (täglich drei Flaschen). Nun wollte die Direktion kein Bier mehr liefern, was sie glaubte auch schon deshalb riskieren zu können, da die „Unorganisierten“ keiner Streikorganisation angehören (wie sich die Direktion rühmend darüber geäußert hatte). Aber sie sollte bitter enttäuscht werden; die „Arbeitswilligen“ Formner traten sofort in einen „Streikstreik“, indem sie das Frühstück ohne Bier überbrachten! Herr Schneider (Betriebsleiter) erklärte aber kategorisch: „Bier gibt es nicht mehr! Das wollen wir so einführen!“ Mit nicht mäßigerstehenden Worten jedoch blieben die „Unorganisierten“, die keiner Streikorganisation angehören“, bei ihrer Meiderung. Als weitere Folge stellten sie in Aussicht die Arbeitswilligen in Aussicht. Als es Schneider nicht gelang, die „Unorganisierten“, die keiner Streikorganisation angehören“, zu beruhigen, trat Direktor Rosé in Aktion. Aber auch er konnte die rebellischen Geister nicht bannen; bei den Verhandlungen mit ihm drehte es sich zudem nicht nur mehr um die Bierlieferung, sondern auch um die Lohnfrage. Statt 80 bis 90 %, wie ihnen versprochen, konnten die Arbeitswilligen nur 45 % Verdienst die Stunde im Accord erreichen. Die Arbeitswilligen erklärten, es sei ihnen jetzt begreiflich, warum die Formner streikten. Dem Herrn Rosé wurden Worte an den Kopf geschleudert, daß er erklärte, so etwas sei ihm von den Draußenstehenden (Streikenden) nicht geboren worden. Nach längerem Wortstreit verlangten 5 Formner ihre Entlassung, auf der sie auch beharrten, als ihnen besserer Verdienst in Aussicht gestellt wurde. Derartige Enttäuschungen haben auch andere Arbeiter erfahren. Ein Schlosser aus Gemütsleben war mit Familie übergesiedelt. 60 bis 75 % Stundenlohn waren ihm in Aussicht gestellt, sein höchster Verdienst war 46 %. Er glaubte nun auf Nachzahlung Klagen zu können und kam zum Arbeitersekretariat, wo ihm Rat erteilt wurde. — Die Situation ist also die, daß sich Arbeitswillige und Direktion in ihren Erwartungen enttäuscht sehen. Natürlich wird die Firma den Sumpfwang weiter betreiben. Gehe kein Arbeiter auf den Leim!

Düsseldorf. Ein Gemütsmenschen scheint der Formner Ernst Borde zu sein. Als bei der Firma Delling durch einen an Erpreßung grenzenden Druck die Arbeiter gezwungen wurden, dem gelben Verein beizutreten, gaben wir ein Protestflugblatt heraus, das am Fabrikore verteilt wurde. Unsere Ortsverwaltung erhielt darauf folgenden Brief: „Düsseldorf, den 30. Sept. 1913. An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Düsseldorf. Gestern Abend erhielt ich beim Ausgang aus der Fabrik ein Flugblatt, Tit. „Herrn Direktor Geilenkirch“, worauf ich etwas antworten will. In erster Linie wird erwähnt, das die Arbeiter gefragt worden sind, den „gelben Verein“ beizutreten, und Sie nennen dieses Erpreßung. Vor dieser Altarnarbe bin ich, und so viele andere von Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes so oft gestellt worden aber auf ganz andere Art als es hier zugegangen hat. In Wornen, v. J. Juli trat ich auf der Vereinigten Wuppertaler Eisenhütte als Vorarbeiter ein und sollte am 1. Okt. d. J. sobald der Betrieb vollständig war die Stellung als Formnermeister haben. Kaum wurde dieses lautbar, da kam auch schon ein Brief an die Direktion von den frei organisierten Formner und Hilfsarbeiter des Wuppertals worin um meine Entlassung gebittet wurde, ich sei nach Wornen gekommen um alles zu versetzen und mich mit langer Arbeit erziel hätten, falls mich die Firma nicht entlassen werde, hätte sie einen Streik zu erwarten, darauf folgte mein Lebenslauf, wovon 1/2 auf Unpäßlichkeit beruhte, ein vernünftiger denkender Mensch mußte über diesen Brief nur lachen. Dieser Brief wurde mir durch den Betriebsleiter Arns vorgelegt, und die folgen davon waren, das es mir so schwer gemacht wurde, das ich noch vor dem 1. Okt. freiwillig ging, denn die Betriebsleitung hielt mich den Leuten und der „roten Flut“ und fürchtete den Streik. Selbstredend teilte ich an Herrn Dr. Lenge alles mit, und am 1. Jan. war ganz neue Leitung und Personal dort, daran hat die rote Flut nichts ändern können. Ich selbst ging überall um Arbeit, kam ich in der Fabrik und frug um Arbeit, so wurde ich ausgepöffelt, und man rief Kanarienvogel u. i. w. — Selbst das ist borniert, das ist Erpreßung. — So was ist man aber nur von Euch gewöhnt, ohne Gewalt könnt Ihr nichts erreichen, ohne jemand zu denutzieren könnt Ihr nichts schreiben. Paßt Euch mal alle selbst an die Kasse, und schreibt Euren Lebenslauf, denkt mal ernstlich über Eure Familienverhältnisse nach, dann wird wohl jeder finden das er genug zu tun hat wenn er den Dreß vor seiner Thüre steht. Prachtexemplare findet man auch mächtig unter den freiorganisierten. J. in Oberfeld ist ein Formner Heinrich L. dieser Mann Kategnoße in gross mißhandelte seine Frau in einen hochschwangeren Zustand derartig, das das Kind tot geboren wurde, und an Stude bei der Frau fortgeholt werden mußte. Ein anderer W. a. J. in Reimscheid der sogar Vertrauensmann war, mißhandelte seine Frau so, das er acht Tage Gefängnis bekam. u. i. w. Vom Familienleben während des Streiks wollen wir garnicht über Senen sprechen welche sich abspielen wenn die Frau Geld verlangt oder verlangt, das ihr Mann arbeiten get. Was nun Zwangsmitgliedschaft angeht, so werden wohl die meisten im Metallarbeiter-Verband zu finden sein, darin sind h u n d e r t e die mit zählenden ihren Beitrag bezahlen, und nur Mithged sind um arbeiten zu können, im Werkverein wird man wohl weniger finden, denn die Behandlung ist auch eine ganz andere als von Eure Seite her. Ich selbst bin und war noch nie Mitglied des Werkverein werde aber jetzt freiwillig beitreten, und sollte ich mal hier bei der Firma Delling ausdauern, so mache ich kurzen Prozeß und gehe als Streikbrecher von einem Streik in den andern, ich bin durch Euch total arm geworden, trotzdem ich Euch noch nie zu nahe gekommen bin, und jeder, welcher bei mir gearbeitet hat, sein Geld verdient. Aber das könnt Ihr mir glauben, jetzt komme ich wieder hoch, und bekomme auch wieder eine Meisterstelle, dann aber rechne ich ab, ich fürchte Euch nicht, und will von Euch durchaus keine Gnade. Resonanz will ich nehmen ich habe das vollste Recht dazu und wenn hunderte von Familien dadurch in Armut geraten, mit mich hat man auch kein Mittel gehobt. Aber das Ihr denkt, das Herr Direktor Geilenkirch Resonanz forderte, ist einfach kindlich, solche Herren schlagen sich nicht mit revolutionäre Gedanken herum, aber sie sorgen das der Firma nichts weiter zusetzt und möglichst vor Streik bedroht bleibt, so wie es auch Pflicht ist. Von Behandlung, Erpreßung, Zwangsmitgliederschaft, u. i. w. könnte ich ein ganzes Buch schreiben, und wenn Ihr mal sehen wollt das ich alles gewöhnt bin, so stehen Euch einen Rat Zeitungen vom hiesigen Metallarbeiter Verband sowie einen Brief, geschrieben durch den Haupt Vorstehenden Deders aus Amsterdam, gerichtet an die Firma wo ich als Meister war, worin der gute Mann sein Bedauern über mich ausdrückt. Ich bekomme auch eine Meisterstelle wieder, und gehe von meinen Standpunkt nicht ab. Wer arbeitet, sollte und muß ist, verdient sein Geld. Wer agitiert und sich meinen Anordnungen nicht fügt, wird an die Luft geblasen. Dieser Brief wird wohl die einzige Antwort auf dem Flugblatt sein, aber ich handle in keinem Auftrag sondern nur aus freien Stücken, denn es ist gut, wenn ihr ab und zu erfahrt das Ihr eine Streikbrecher selbst erlegt. Ernst Borde Formner bei Delling.“ — Der Inhalt des Briefes zeigt den Charakter des Borde. Was von seinen Beschäftigungen zu halten ist, ergibt sich aus dem daraus von selbst. Es ist gut, wenn die Kollegen wissen, mit wem sie es zu tun haben. Auf der Wuppertaler Eisenhütte hat er mit seiner Arbeit den Erwartungen der Firma nicht entsprochen, weil er zu viel Unschick machte. Bei Delling ist auch schon wieder ein Streik im Gange, das er dem Ferraria-mus der Firma entgegenbringt!

Gumbinnen. Unsere Vereinigte Maschinenfabrik begibt sich öfter auf die Suche nach brauchbaren Arbeitskräften. Schade nur, daß sie dabei so wenig Glück hat. Es ist dies aber auch ganz natürlich; gute Arbeiter sind in einem Betriebe nötig, wenn er sich rentieren soll; tüchtige Arbeiter sind sich aber auch ihrer Bedeutung bewußt und stellen sich nicht zu jeder Bedingung zur Verfügung. Sie verlangen auch eine gute Bezahlung, und von einer solchen kann in Gumbinnen noch keineswegs gesprochen werden. Die Firma erklärt zwar, sie sei bestrebt, fleißigen und gewissenhaften Arbeitern nicht nur reichlichen, sondern auch ständigen Verdienst zu gewähren. Trotzdem versucht sie immer und immer wieder, den Arbeitern abzugewinnen, was es nur irgend möglich ist. Im vorigen Jahre fand eine Reduzierung der Lohnsätze statt, im Februar dieses Jahres wurden die Lohnsätze abermals einer „Regelung“ unterzogen, natürlich nicht im Interesse der beschäftigten Arbeiter. Als diese dazu Stellung nahmen, kamen auch noch eine Reihe anderer Uebelstände zur Sprache. Es wurde besonders über mangelhafte Arbeitsbedingungen und hohe Strafen bei geringfügigen Ursachen geklagt. Die Firma machte damals geltend, daß die Löhne um 19 Prozent gestiegen seien und daß die Wochenlöhne von 17 bis 20 M. über dem in Gumbinnen üblichen Durchschnittslohn von 16 M. für ungelernete Arbeiter ständen. Eine Verschlechterung der Verdienste unserer Arbeiter ist von uns nie geplant, dies ist ausdrücklich; die Firma durfte eben damals einen ersten Konflikt mit ihren Arbeitern nicht riskieren und begnügte sich mit einigen Abzügen in der Tischlerei, wo noch die meisten Arbeiter unorganisiert waren. Da die Firma die Beseitigung der vorhandenen Uebelstände zusagte, beruhigten sich die Arbeiter wieder. Doch die Vereinigte Maschinenfabrik kann die Reduzierung der Löhne nicht lassen. Vor kurzer Zeit wurde den Montagearbeitern im Motorenbau eröffnet, daß sie von nun an von ihrem Lohnverdienst auch den Lohn für die ihnen zugeteilten Lehrlinge tragen sollen; also wieder ein Abzug von 5 bis 6 M. pro Woche. Die Arbeiter protestierten dagegen. Die Firma machte wieder eine Rechnung auf, nach der der Durchschnittsverdienst der Arbeiter um 5 M. die Stunde im letzten Jahre gestiegen sei und wollte damit beweisen, daß der angelegte Abzug doch kein Abzug sei, reduzierte aber im übrigen den Abzug auf die Hälfte des Lehrlingslohnes. Allerdings ist die Ermäßigung des Abzuges nur für dieses Jahr gedacht. Die Arbeiter müssen deshalb damit rechnen, daß die andere Hälfte später, vielleicht zu Newjahr abgezogen wird. Auch gibt es zu denken, daß die Firma in anderen Abteilungen Abzüge vornehmen wird, zwar nicht gleich, sondern allmählich. Es geht das aus dem Bestreben der Firma hervor, „saubere und billige Maschinen liefern zu wollen, damit die Fabrikation von Jahr zu Jahr erhöht werden kann“. Arbeiter, seid deshalb auf der Hut! Wenn es aber infolge dieses probatorischen Vorgehens der Firma einmal zu ernstlichen Differenzen kommen sollte, hat es sich die Firma selbst zuzuschreiben. Das sei heute schon konstatiert. Und wenn die Arbeiter jetzt von weiteren Maßnahmen Abstand genommen haben, so deshalb, weil sich unter ihnen noch eine Anzahl Gleichgültiger befinden, die nicht einmal den Weg in eine Betriebsversammlung finden. An diese sei deshalb die ernste Mahnung gerichtet, nicht nur eine Faust in der Tasche zu machen, sondern sich offen und ehrlich in Reich und Gut mit ihren Arbeitsbrüdern zu stellen. Sie tragen auch die Verantwortung, wenn die Firma den Arbeitern noch weitere Verschlechterungen zumuten sollte, denn Zugang von auswärtigen Kollegen ist nach einem solchen Vorstoß keineswegs zu erwarten.

Königshütte (Oberschlesien). Wie einst in Saarbrien, so ist der Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte, Herr Hilger, auch in Oberschlesien befreit, die Mariner eines kleinen „Waldkönigs“ zu zeigen. Alle Jahre veranstaltet Herr Hilger ein sogenanntes „Uhrnifest“, auf dem Arbeiter, Arbeiterinnen und Beamte, die in dem Dorado der Ullengefäßerei 25 Jahre Arbeitsjahre auszuhalten haben, mit Uhren und Geld beschenkt werden. Arbeiter erhalten dann eine silberne, Beamte eine goldene Uhr, Arbeiterinnen eine Broche und je 50 M. extra. Diesmal verlegte man das Fest auf den 18. Oktober, wo überall dem patriotischen Rummel gebührend wurde. 183 Arbeiter und 9 Beamte von den 27 500 auf der Königshütte Beschäftigten haben das Glück gehabt, diese „Auszeichnung“ zu erhalten. Auf Schloss Stiermannsdorf, dem Sitz des kleinen Königs, hat Herr Hilger die Bürgermeister, Landräte, Amtsrichter, Erzpfeister, Pfarrer, die höchsten Chargen des ober-schlesischen Militärs, Krieger- und gelbe Gesangsvereine sowie den päpstlichen Hof der kleineren Diözesen und Angehörigen der Königs- und Laurahütte, zu seinen Geländebesuchern berufen und dann eine Rede gesprochen. In 93 Zeilen war die Rede zur Begrüßung der „hochwohlwollenden Gäste“ als „Besucher“ und „Besucher“ der Industrie bestimmt. Dann kamen auch die Arbeiter, denen neben der Anerkennung ihrer Dienste für die Gesellschaft gleichzeitig die Geißel geschwungen wurde. In überaus würdevollen Worten wurde die „Wohlfahrtsfürsorge“ für die Arbeiter der Vereinigten Königs- und Laurahütte dem ausgetretenen Auditorium aufge-redet. Herr Hilger traut sich darüber, daß von den „Jubilaren“ kein einziger von dem „gelben Arbeitsjahreverein“ nur je eines am Streik der Bergarbeiter im März beteiligt waren. „Ohne Religion kein guter Berg- und Hüttenmann“, sagte Herr Hilger, zu der Geistlichkeit wandend, „wir haben nicht den äußeren Feind zu fürchten!“ Und er fand Verständnis bei den geschätzten Jüngern als bei den geistlichen Gästen. Und so wie 1909 im Palaishotel zu Berlin bei der Kaiserlich-königlichen Veranstaltung wurde dann der rote Lappen geschwungen. Hilger sagte: „Aber mit großem Bedauern und großer Sorge müssen wir uns die Unmöglichkeit in unserem Volk hindern, die uns heute zerreißt. Wohin wir gehen, Kämpfe der Parteien gegeneinander, und diejenige Partei, die den Kampf alles Befreienden auf ihre Fahne geschrieben hat, der Gott, König und Vaterland Worte leeren Schalles sind, heftiger und frecher als je zuvor.“ Durch den beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte sind wir aus einem armen ein wohlhabendes Volk geworden. Aber diese Wohlhabenheit birgt große Gefahren in sich. Unser Volk ist in vieler Hinsicht ergriffen von einem ganz neuen Uebel, dem Wohlstand. Und vor allen Dingen von dem schrecklichen Uebel der Armut. Das Leben über die Verhältnisse. Es ist kaum ein Stand, dem man den Vorwurf, daß er über seine Verhältnisse lebt, nicht machen kann und machen würde, vom Arbeiter bis zum hohen Beamten und zum Großindustriellen, in allen Kreisen haben wir heute Leute, die über ihre Verhältnisse leben, und das ist ein Uebel, in dem Wandel eintreten muß, wenn es mit unserem Volk weiter und nicht rückwärts gehen soll. Nur wenn wir uns wieder auf uns selbst besinnen, wenn wir zurückkehren zu der altproben Sparjamkeit und zu jenen Tugenden, die uns einst den Wohlstand brachten, dann werden wir, wie das persische Volk vor hundert Jahren, die Furchen des Wohlstandes wieder pflügen und mit ihnen Frieden machen.“ Wie ein Solus ergo sich diese Rede über die, für die das Fest bestritten war. Zurück zur allseitigen Einigkeit und Aufrichtigkeit, jenseit der Hungerlinien erger, ihr Arbeiter der Königs- und Laurahütte, der Generaldirektor will es haben! Ueber 45 Millionen Mark Gewinn, den die Königshütte im Jahre 1913 erzielt. Die silberne Uhr und die 50 M. Jubiläumsgeld sind ein geringer Teil dessen, was aus dem einzelnen Arbeiter in genauem Jahresjahr als Gewinn herausgehoben wurde! Die Hungerlinien und die Wohlstandslinien sind auch bei dieser Gelegenheit den Versammelten zum Bewußtsein gebracht worden. Die die Wohlstandslinie anzeigt, darüber gibt es die Pensionkassen der Laurahütte Aufschluß. Im Jahre 1911 sind pro Kopf gezahlt worden an Jubiläumsgeld 131,97 M., an Pensionen 244,20 M., Waisen 141,33 M., Waisenkindern 27,12 M. Die Pensionkassen erhalten sie zum Krüppel gewordenen Arbeiter nicht aus der Pensionkasse, sondern von den gewöhnlichen Gewinnen, sondern jeder Arbeiter ist verpflichtet, einen Beitrag von 2 bis 5 M.

monatlich an die Pensionkasse abzuführen. Es ist nur eine beschränkte Anzahl von Arbeitern, die in den Genuß der „Pension“ kommt. Zu einem geheimen Rundschreiben wurden die Ubellingsleiter ersucht, alle die, die nicht in die Klasse ausnahmsfähig, drei Jahre im Werke beschäftigt und 40 Jahre alt sind, zu entlassen. Die Hilgerischen „Wohlfahrtskassen“ bleiben wie viele andere ein Pflichtenfeld für das öffentliche Renommee, für die nach „Pipemaken“ trachtenden Leute. Will aber Herr Hilger mit seinen in kommenden Jahren stattfindenden „Uhrnifesten“ ernst genommen werden, dann ist erforderlich, daß er Sorge, daß von den 27 500 Mann der Belegschaft eine größere Zahl als nur 183 25 Jahre im Betriebe auszuhalten werden. Ferner wäre zu wünschen, daß der Meister und Ingenieur der Abteilung Martinwerk in Unterjohann, desgleichen die Vorgesetzten der Abteilung Waggonfabrik, Brückenbau, Lokomotivfabrik, Walzwerk und Räderwerk, den Arbeitern bessere Verhandlung angedeihen lassen. Denn Ausdruck wie „Ihr seid nicht wert, daß man euch mit Arsenit vergiftet“ oder „Ihr werdet euch so weit bringen, daß ihr mit euer Spand freit“, deren sich Meister Gohlin bedient, sind nicht angeht, die „gelobte“ Harmonie zwischen Arbeiter und Direktion der Königs- und Laurahütte zu heben. Ganz besonders entkräftet Herr Hilger seine „Uhrnifeste“ dadurch, wenn kurz vor dem Fest, wie auch diesmal, Lohnabzüge bis zu 20 Prozent im Betriebe gemacht werden. Nur zu berechtigt ist der Verdacht der Arbeiter, daß die Aktiengesellschaft nur Abzüge macht, um ihren Gewinn zu erhöhen und die Arbeiter durch erhöhten Verdienst Anteil nehmen zu lassen. Die Arbeiter der Königs- und Laurahütte ersehen aber aus den Reben ihres Generaldirektors, daß trotz des Riesengewinns von 4 697 090 M. Herr Hilger nicht daran denkt, am erhöhten Gewinn auch die Arbeiter durch erhöhten Verdienst Anteil nehmen zu lassen. Sparjamkeit und Anspruchslosigkeit sind die Tugenden, die Herr Hilger nach dem fetten Jahre den Arbeitern zu empfehlen weiß. Auf hören werden solche Hohnrezepte an die Arbeiter erst, wenn die Kollegen der Königs- und Laurahütte sich ihrer Pflicht erinnern, wenn sie sich ihrer Verantwortung, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, als Mitglied anzuschließen und Kämpfer werden.

Bremervorarbeiten. Infolge des Streiks der Mieter und Bohrer hatte die Firma Fedlenborg 1000 Arbeitern gekündigt, von denen dann auch 500 entlassen worden sind. Da die Mieter und Bohrer am 29. Oktober beschließen haben, die Arbeit wieder aufzunehmen, traten die Entlassenen wieder in das alte Arbeitsverhältnis ein. Die Mieter und Bohrer beschließen nun, ihre Differenzen wegen der Verweigerung der Ueberführung für die durch den Werftarbeiterstreik unterbrochenen Aufträge auf dem Rechtsweg zum Austrag zu bringen und haben deshalb den Streik abgebrochen.

Rundschau.

Ärzte und Krankenkassen.

Am 26. Oktober fand in Berlin ein außerordentlicher deutscher Tag der Ärzte statt, der sich mit der Ablehnung der Forderungen des Deutschen Ärztevereinsbundes und des sogenannten Leipziger Verbandes durch die Krankenkassenverbände beschäftigte. Es waren 448 Delegierte anwesend, die 384 Vereine mit 21 207 Stimmen vertraten. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen:

„Nachdem die fünf verbündeten Krankenkassenverbände es abgelehnt haben, sich mit der Vertretung der Ärzte über den ihnen vorgelegten Friedensvorschlag zu einigen, einen Vorschlag, in dem ihnen die Ärzte bis an die äußerste Grenze des Möglichen entgegengekommen sind, bleibt den im Deutschen Ärztevereinsbunde und seiner wirtschaftlichen Abteilung, dem Leipziger Verbande, vereinigten Ärzten nichts anderes übrig, als mit dem Tage des Inkrafttretens der neuen Krankenversicherung den ihnen aufzubringenden Kampf gegen die Krankenkassenverbände aufzunehmen. Sie tun dies in voller Einmütigkeit und dem höchsten Bewußtsein, nichts unversucht gelassen zu haben, um die Träger der sozialen Versicherung vor einer zweifellos schweren Erziehung zu bewahren. An dem Starrsinn und dem Hochmut der Führer im Krankenkassenwesen sind ihre ethischen Bemühungen gescheitert und ihre besten Absichten zerstückelt. Deshalb macht es der am 26. Oktober im Rheingold zu Berlin versammelte außerordentliche Deutsche Tag der Ärzte, auf dem 384 Ärztevereine von 458 Abgeordneten mit 21 207 Stimmen vertreten sind, jedem einzelnen Arzt und jeder örtlichen Ärztevereinsleitung zur heiligen Pflicht, von jetzt an mit keiner Krankenkasse einen Vertrag abzuschließen und die fassenärztliche Versorgung aller ärmeren wie auch der weniger bemittelten Bevölkerung unbedingte abzulehnen. Zur ärztlichen Vertragsleistung muß anhalten, das gesundheitsliche Interesse der Versicherten wird in keiner Weise beeinträchtigt. Die Kranken werden die Hilfe ihres Arztes nach wie vor finden, uneingeschränkt, nur ohne die Einwirkung einer Krankenverwaltung. Den Krankenkassen kann unter der Voraussetzung der Unerfüllbarkeit der ärztlichen Forderungen von ihren Ausschüssen das Recht verlichen werden, den Versicherten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine Barentschädigung zu gewähren. Dieses Recht sollen sie solange ausüben, bis den ärztlichen Organisationen die höhere Gewähr gegeben ist, daß die Ausschüsse ihrem Verze wieder unabhängig, frei von unzulässiger Beeinflussung und unter angemessenen Bedingungen nachgehen können. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen sein wird, wird der Geschäftsverhältnis des Deutschen Ärztevereinsbundes bestehen, und er wird das nicht eher tun, als bis sich die ausschließlichen Verhältnisse ausnahmslos, selbst in Kleinsten Orten und im entlegensten Winkel, zur vollen Zufriedenheit der organisierten Ärzte ordnen lassen. Wenn bei alledem der Gedanke der Sozialversicherung und die Krankenversicherung selbst Schaden erleidet und vielleicht die Selbstverwaltung der Versicherten in Gefahr gerät, so haben die Führer der Krankenkassen durch ihr kaltes Zurückweichen der ihnen gebotenen Friedensbahn die Verantwortung allein zu tragen.“

Der Vorsitzende des Leipziger Verbandes, Dr. Hartmann, begründete die Resolution und führte dabei nochmals aus, daß der Kampf nicht eher aufgegeben werden dürfe, als bis die Forderungen erfüllt seien. Es gäbe jetzt nur noch einen vertragslosen Zustand. Leider müßten die Ärzte „auf drei Städte verzichten“, nämlich auf Dresden, Hamburg und Berlin. (Was denn eine Einigung ausüben gelassen ist.) Ein Vertreter aus Stuttgart gab im Namen der mitunterzeichneten Ärzte die Erklärung ab, daß sie sich an dem Kampfe nicht beteiligen können, weil sie durch Abmachungen mit der Regierung und den Krankenkassen verpflichtet seien, sämtliche Streitigkeiten den staatlichen Schiedsgerichten zu unterbreiten. Das Wort kamen nur Vertreter der Resolution. Als dann Schluß der Debatte gemacht werden sollte, protestierte ein Gegner der Resolution vergeblich dagegen. Bei der Abstimmung stimmten nur 4 Vertreter mit 164 Stimmen gegen die Resolution. Der Gesamtverband deutscher Ortsärzte, der Hauptverband deutscher Kreisärzte, der Gesamtverband deutscher Krankenkassen, der Allgemeine deutsche Anapästische Verband und der Verband deutscher Zahnärzte haben bereits am folgenden Tage folgende Entschlüsse gegen diese Kriegserklärung der Ärzte erlassen:

1. Auf dem gestrigen Arzttag haben die Ärzteorganisationen beschlossen, keine Verträge mehr mit den Krankenkassen einzugehen. Sie werden die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, was es empfiehlt der Vorsitzende des Leipziger Ärzte-

verbandes sogar, dieses nur gegen Vorauszahlung zu tun. Dieses Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generalkrieg diesen gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am 18. Februar 1912 die Ärzteorganisationen offiziell beschlossen haben: Zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Arzttages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller lassendärztlichen Lokalorganisationen unerlässlich.

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Ärzten der Kampf von den Krankenkassen aufgebracht worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Ärzte gestellt, wohl aber die Ärzteorganisationen sehr viele und ganz unangemessene an die Krankenkassen. Die Kassen bestanden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Ärzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassenarztsystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Uebergangszeit bestehen lassen wollten. Der Arzt selbst sollte nach den Vorschlägen der Ärzte nur durch die Organisation zur Kassenpraxis zugelassen werden, die Abstinenz der Honorare sollte nach der Höhe der Entnahmen der Versicherten erfolgen. Alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkt ablaufen. Diese Forderungen der Ärzteorganisationen wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte veräußerten Ausgaben zu decken. Für eine Festhaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Ärzteorganisationen ausliefern, kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit den Ärzteorganisationen nicht verhandeln, diese vielmehr zertrümmern wollten und den sogenannten Herrenstandpunkt einnehmen, so entspricht nur das Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unzweifelhaft ergeben, daß sie im Interesse des Friedens in weitestgehender Weise Beschränkungen in ihren gesetzlich gewährtesten Rechten zugunsten der Ärzteorganisationen vornehmen wollten. Bezeichnend ist, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glatt abgelehnt, sondern fast fortgeschwungen werden.

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufes den Ärzten so weit entgegengekommen, als es die ihnen auferlegte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung zuließen. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Erwartung aus, daß sich die Beschwerden und der Gesetgeber durch die Ärzteorganisationen nicht einschüchtern lassen und unangemessene Forderungen der Ärzteorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.“

Es verdient dabei noch besonders in Betracht gezogen zu werden, daß die Arzthonorare von 1885 bis 1912 im ganzen um 824,3 Prozent gestiegen sind, auf das einzelne Kassenmitglied berechnet um 186 Prozent. Eine solche Verbesserung der Entlohnung hat kein einziger anderer Berufsstand zu erreichen gewußt. Die neuen Forderungen der Ärzte gehen aber noch auf eine Verdopplung des jetzt Erreichten hin. Außerdem soll noch bei Pflichtmitgliedern mit mehr als 1800 M. Einkommen ein Zuschlag von 50 Prozent und bei Mitgliedern, die sich freiwillig weiterversicherern, sogar einer von 100 Prozent geleistet werden. Wer aber freiwillig einer Kasse beiträgt, soll von der Kasse überhaupt keine ärztliche Hilfe erhalten, sondern als Privatpatient behandelt werden. Die Erfüllung dieser Forderungen würde nicht nur unmöglich machen, daß die Krankenkassen über die gesetzliche Mindestleistung hinausgehen können, sondern die Kassen müßten ihre Beiträge gewaltig steigern.

Was würde man von den Arbeitern sagen, die — selbst auch nur von ihrem Standpunkte aus — so weitgehende Forderungen erheben wollten! Bei aller Sympathie für jeden, der für Besserung seiner Lebenslage eintritt, werden die organisierten Arbeiter in diesem Kampfe treu zu ihren Krankenkassen stehen.

Vorsicht vor Verlockung nach den Werftorten!

Fortgesetzt erscheinen in der bürgerlichen Presse des Binnenlandes Nachrichten, wonach Tausenden von Arbeitern der Holz- und Metallbranche Arbeitsgelegenheit in der Schiffbauindustrie geboten ist. Diese Nachrichten sind gänzlich falsch! Am 27. und 28. Oktober sind in Hamburg zahlreiche Holzarbeiter, die sich auf Grund dieser Notiz bei den Arbeitsschmeißern um Arbeit bei den Werften bemühten, abgewiesen worden mit der Bemerkung, es seien noch so viel Arbeitssuchende vorgemerkt, daß es vier Wochen und länger dauern könne, ehe an Einstellung zu denken sei. Nicht anders steht es in den übrigen Werftorten und in der Metallbranche aus. Unter diesen Umständen ist es geradezu unverantwortlich, immer noch mehr Arbeiter nach den Werftorten zu locken, wo vom letzten Streik her noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt sind, und obenbrein die Öffentlichkeit so gründlich über den wahren Stand der Dinge zu täuschen, wie es durch die gekennzeichnete Notiz in der Unterseezeitung versucht wird.

Kollegen, laßt euch nicht täuschen durch Arbeitsangebote aus den Werftorten, wie verlockend sie auch immer aussehen mögen! Ihr sollt nur dazu dienen, unseren Kollegen auf den Werften die Arbeitsverhältnisse weiter zu verschlechtern. Sorgt dafür, daß auch die Unorganisierten den wahren Sachverhalt kennen lernen!

Brucht die A. G. einen Streik?

In den Berliner Werken der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft sind in der letzten Zeit umfangreiche Abschreibungskürzungen vorgenommen. Den Arbeitern und den Ausschussmitgliedern wurde schriftlich erklärt, daß es bei den Abzügen bleibe und daß jede Verhandlung überflüssig sei. Es ist Tatsache, daß bei der Industrie in der letzten Zeit Aufträge nicht mehr so zahlreich eingehen wie früher. Ohne Zweifel macht auch die A. G. keine Ausnahme. Selbstverständlich möchte jede Firma so lange wie möglich den Anschein erwecken, als ob sie noch reichlich mit Aufträgen versehen sei. Es macht keinen guten Eindruck, wenn eine Firma eingestehen muß, daß sie aus Mangel an Aufträgen genötigt ist, Arbeiter zu entlassen. In solchen Fällen ist dann der Firma ein Streik oft sehr willkommen. (Siehe auch die Firma Robert Bosch in Stuttgart!) Das schroffe Vorgehen der Leitung der A. G. hat ganz den Anschein, als ob man dort ebenso verfahren will. Unsere Kollegen werden diese Warnung ohne Zweifel beherzigen, auch an anderen Orten, falls ein Unternehmer versuchen sollte, das Beispiel von Robert Bosch und der A. G. nachzuahmen!

Gewerkschaftliches.

Metallarbeiter. Mitgliederbestand der Organisationen in der Metallindustrie (nach dem Reichsarbeitsblatt):

	2. Quartal 1913	3. Quartal 1913	Gewinn- oder Abnahme
Deutscher Metallarbeiter-Verband	561 329	558 698	- 2 631
Rupperschmiederverband	5 306	5 352	+ 46
Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunker)	44 598	44 266	- 332
Christlicher Metallarbeiter-Verband	42 039	41 543	- 496

Gewerbegerichtliches.

Arbeitseinstellung ohne Kündigung. sk. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Nach der Gewerbeordnung ist es zulässig, bei wichtigen Gründen, zum Beispiel plötzlicher, unbearbeiteter Arbeits-

